

OA-UPDATE SANKTIONEN

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der US-Senat hat Anfang August mit parteiübergreifender Mehrheit (86 zu 11 Stimmen) ein neues Sanktionspaket gegen Russland beschlossen, das vom kürzlich verstorbenen Senator Lindsey Graham seit mehr als einem Jahr vorangetrieben wurde. Besonders bedeutsam sind Sekundärzölle von bis zu 100 Prozent auf Importe aus den größten Abnehmerländern russischer Energieträger, wodurch vor allem große Käufer wie China oder Indien unter Druck gesetzt werden könnten. Zudem werden viele bestehende Russland-Sanktionen dauerhaft festgeschrieben. US-Präsident Trump, hat seine Zustimmung zum Paket, das auch neue Iran-Sanktionen vorsieht, angedeutet.

Die Vorlage markiert womöglich eine Kehrtwende in der US-Russlandpolitik hin zu einem erneut schärferen Vorgehen, nachdem die Regierung zuletzt sogar einige Sanktionen gegen russische Ölexporte gelockert hatte, um steigende Energiepreise infolge des Iran-Krieges abzufedern. Das Gesetz muss allerdings noch vom Repräsentantenhaus verabschiedet werden, ehe es in Kraft treten kann. Die Details zum neuen US-Paket finden Sie in diesem August-Update im Kapitel USA.

Wie gewohnt haben wir auch aktuelle Sanktionsentwicklungen in Deutschland, der EU, Russland und andernorts zusammengefasst. Hinweisen möchten wir Sie auf zwei anstehende Ost-Ausschuss-Sanktionsveranstaltungen: Am 21. September veranstalten wir das Webinar „Russlandsanktionen gehen alle an“ mit einem besonderen Schwerpunkt auf China. Bei einem Präsenzseminar in Nürnberg am 1. Oktober liegt der Fokus auf Geschäftsbeziehungen mit Zentralasien. Thema ist eine „rechtssichere Expansion unter verschärften Sanktions- und Exportkontrollanforderungen“ mit Beispielen und Tipps für Unternehmen. Alle Details finden Sie in der Rubrik „Termine“.

Wir freuen uns wie immer über Ihre Hinweise und Anregungen und wünschen Ihnen einen guten Start nach dem Sommerurlaub!

Ihre Redaktion

OA-Update 2026/08
Stand: 17. August 2026

Inhalt

- [1. Ost-Ausschuss](#)
- [2. Deutschland](#)
- [3. Europäische Union](#)
- [4. Russland](#)
- [5. USA](#)
- [6. Weitere Länder](#)
- [7. Blick über den Tellerrand](#)
- [8. Termine](#)
- [9. Tipps & Links](#)

1. Ost-Ausschuss

Mittel- und Osteuropa fängt Exportverluste in den USA und China auf

Die Wachstumsregion Mittel- und Osteuropa beflügelt die deutsche Exportwirtschaft in einem schwierigen weltwirtschaftlichen Umfeld: Während die deutschen Ausfuhren in die USA und nach China zusammen um gut zehn Milliarden Euro zurückgingen und der Handel mit Russland sanktionsbedingt immer weiter sinkt, stiegen die Exporte in die 29 Länder des Ost-Ausschusses im ersten Halbjahr 2026 insgesamt um fast elf Milliarden Euro auf 154,4 Milliarden Euro. Dies entspricht einem kräftigen Zuwachs um 7,4 Prozent, wie die Zahlen des Statistischen Bundesamtes ergaben, die der Ost-Ausschuss ausgewertet hat. Insgesamt glich die Ost-Ausschuss-Region damit die Einbußen im Handel mit China und den USA mehr als aus.

Da im ersten Halbjahr auch die deutschen Einfuhren aus der Region um 2,8 Prozent auf 134,5 Milliarden Euro stiegen, wuchs der Warenaustausch Deutschlands mit Mittel- und Osteuropa sowie Zentralasien um insgesamt 5,2 Prozent auf nun 289 Milliarden Euro und damit dynamischer als der deutsche Außenhandel insgesamt (+4,2 Prozent). Knapp 19 Prozent des gesamten deutschen Außenhandels entfielen im ersten Halbjahr auf die Ost-Ausschuss-Region.

Besonders kräftig wuchsen erneut die deutschen Exporte nach Polen. Sie legten im ersten Halbjahr um 4,5 Milliarden Euro oder 9,2 Prozent auf 53,8 Milliarden Euro zu. Als viertwichtigster deutscher Absatzmarkt setzt sich Polen damit weiter von China ab, das mit 36,3 Milliarden Euro nur noch Rang neun belegt. Die deutschen Ausfuhren nach Tschechien kletterten sogar um 14 Prozent (+3,7 Milliarden Euro) auf 30,3 Milliarden Euro, nur noch sechs Milliarden Euro weniger als die Lieferungen nach China.

Der deutsche Handel mit der Ukraine stagnierte hingegen nach Jahren schnellen Wachstums: Die deutschen Exporte in die Ukraine gingen um 1,4 Prozent auf 4,6 Milliarden Euro zurück, während die Einfuhren aus der Ukraine um 1,4 Prozent auf 1,5 Milliarden Euro stiegen. Der deutsch-russische Handel setzte seinen Niedergang ungebremst fort: Die deutschen Importe aus Russland brachen um 23,3 Prozent auf nur noch gut eine halbe Milliarde Euro ein, die Exporte nach Russland gingen weiter um 2,8 Prozent auf 3,4 Milliarden Euro zurück. Russland lag damit unter den deutschen Handelspartnern nur noch auf Rang 49. Zum Vergleich: Im Vorkriegsjahr 2021 zählte Russland noch zu den 15 wichtigsten Handelspartnern Deutschlands.

Die vollständige Pressemitteilung mit der Einordnung durch die Ost-Ausschuss-Vorsitzende Cathrina Claas-Mühlhäuser finden Sie hier:

[Mittel- und Osteuropa fängt Exportverluste in den USA und China auf | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Tabelle mit der Handelsentwicklung aller 29 Ost-Ausschuss-Länder:

[Deutscher Osthandel HJ1-2026.pdf](#)

Übersicht über die 25 wichtigsten Handelspartner Deutschlands:

[Top 25 Außenhandelspartner 1. Halbjahr 2026.pdf](#)

Neuer Ort – gleiche Mission:

Ost-Ausschuss-Geschäftsstelle zieht ins Haus der Deutschen Wirtschaft

Seit dem 7. Juli 2026 finden Sie die Geschäftsstelle des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft im Haus der Deutschen Wirtschaft in der Breiten Straße 29, in 10178 Berlin-Mitte. (Bitte beachten Sie, dass es in Berlin mehrere Breite Straßen gibt!)

Vom Haus der Deutschen Wirtschaft aus und damit jetzt in unmittelbarer Nachbarschaft von BDI und DIHK arbeiten wir weiter daran, unsere internationalen Wirtschaftsbeziehungen im Dialog mit Politik und unseren Partnern zu stärken und deutsche Unternehmen bei ihrem Engagement in 29 Ländern in Osteuropa, Mittelosteuropa, Südosteuropa, dem Südkaukasus und Zentralasien zu unterstützen.

Wir freuen uns darauf, Sie an unserem neuen Standort willkommen zu heißen!

[Kontakt und Anfahrt | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

2. Deutschland

Kriegsschäden bei deutschen Firmen in der Ukraine

Russische Drohnen haben laut Informationen des „Focus“ das deutsche Frachtschiff „Emil“ vor Odessa schwer beschädigt. An Bord brach Feuer aus. Mehrere technische Systeme fielen aus, der Frachter war manövrierunfähig. Der Angriff ereignete sich am 5. August rund 21 Seemeilen (etwa 39 Kilometer) vor dem Hafen der südukrainischen Stadt. Laut der Nachrichtenagentur Ukrinform wurde das unter liberianischer Flagge fahrende Schiff mehrfach getroffen. Während die 11-köpfige Besatzung das Schiff verließ, schlug noch eine weitere russische Drohne ein. Die „Emil“ gehört laut Focus-Informationen zur Hamburger Reederei Johann M. K. Blumenthal. Laut „Kyiv Post“ ist der Massengutfrachter fast 292 Meter lang und kann rund 175.000 Tonnen Ladung transportieren. Zuletzt hatte Russland seine Angriffe auf ukrainische Häfen und anführende Schiffe massiv ausgeweitet. Als Folge gelangen ukrainische Agrarexporte nur noch schwer auf den Weltmarkt, was bereits Preissteigerungen verursacht. Moskau behauptete, die Schiffe hätten militärische Ausrüstung für die ukrainische Armee transportiert. Öffentliche Belege dafür wurden nicht vorgelegt. Gleichzeitig greift auch die Ukraine immer wieder russische Hafenanlagen im Schwarzmeerraum an.

Frachtzentrum von Liqui Moly und Puma getroffen

Wie Spiegel-Online am 6. August berichtete, wurden bei einem russischen Angriff auf Logistik- und Verteilzentren nahe Kyjiw auch Lager beschädigt, die die deutschen Unternehmen Liqui Moly, Puma und ein Partner von Bosch nutzen. So wurde bei einem Raketenangriff in Kyjiw ein Lager des Ulmer Schmierstoffherstellers Liqui Moly getroffen. Bei dem völlig zerstörten Objekt handelt es sich nach Auskunft von Liqui Moly um das Zentrallager eines Vertriebspartners in der Ukraine, in dem unter anderem Liqui-Moly-Produkte für den ukrainischen Markt gelagert wurden. Ein niedriger Millionenbetrag an Schaden sei entstanden, niemand sei verletzt worden.

Neben Liqui Moly wurde auch ein Lager des Sportartikelherstellers Puma sowie das Lager eines Partners der Bosch GmbH von den russischen Angriffen getroffen. Auch in diesem Fall seien keine Mitarbeiter verletzt worden, wie eine Sprecherin gegenüber dpa mitteilte. Puma arbeite daran, sein Sortiment für die Ukraine so schnell wie möglich wieder verfügbar zu machen, hieß es weiter.

[Vor Odessa haben Russlands Drohnen einen deutschen Frachter schwer beschädigt. Nur Stunden später meldeten auch Puma und Liqui Moly massive Schäden - FOCUS online](#)

[Ukraine: Lager von Liqui Moly und Puma in Kyjiw getroffen - DER SPIEGEL](#)

[Auch Puma wurde attackiert: Greift Russland gezielt deutsche Unternehmen in Kiew an? | Politik | BILD.de](#)

[Ukraine: Lager von Liqui Moly und Puma in Kyjiw getroffen - DER SPIEGEL](#)

Russland strengt Strafverfahren gegen FAZ-Journalisten an

In Russland sind offenbar strafrechtliche Ermittlungen gegen einen Journalisten der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) aufgenommen worden, wie die Zeitung am 17. August selbst berichtet. Die staatliche russische Nachrichtenagentur Tass meldete demnach, es sei ein Strafverfahren gegen Michael Martens, den Balkankorrespondenten der FAZ., eingeleitet worden. Martens hatte Anfang August auf einer Pressekonferenz in Belgrad den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj gefragt, was die Europäer tun könnten, um der Ukraine dabei zu helfen, mehr russische Soldaten zu töten. Nun werde gegen ihn wegen des Schürens von Hass und Feindseligkeit ermittelt, meldete die russische Tass. Aktuell werde entschieden, ob der Korrespondent international zur Fahndung ausgeschrieben werde. Unterlagen zum Verfahren liegen der FAZ aktuell noch nicht vor.

Die Frage des Korrespondenten hatte scharfe Kritik hervorgerufen, unter anderem von der russischen Regierung. Die FAZ erklärte daraufhin, die Frage des Mitarbeiters sei missverständlich formuliert gewesen. Dies bedauere man. Es sei nicht die redaktionelle Linie der Zeitung, dass möglichst viele russische Soldaten getötet werden sollten. Gleichzeitig hatte die FAZ „Diffamierungen und Drohungen“ gegen ihren Korrespondenten als „inakzeptabel“ kritisiert. Zur Pressefreiheit gehöre das Recht, Fragen zu stellen, gerade auf einer Pressekonferenz.

Bei einer Verurteilung in Russland drohen dem Journalisten bis zu sechs Jahre Straflager, wie Tass berichtete. In Russland werden Urteile auch in Abwesenheit gesprochen – wie etwa im Fall des Karnevalswagenbauers Jacques Tilly, der Kremlchef Wladimir Putin und seinen Krieg kritisiert hatte. Er wurde wegen bissig-satirischer Mottowagen zu achteinhalb Jahren Straflager verurteilt, muss aber in Deutschland keine Auslieferung befürchten.

[Russland leitet Strafverfahren gegen FAZ-Journalist ein | FAZ](#)

Ende des deutsch-russischen Doppelbesteuerungsabkommens

Deutschland hat am 30. Juni 2026 die vollständige Suspendierung des Doppelbesteuerungsabkommens (DBA) mit Russland zum 1. Januar 2027 notifiziert. Dies berichtet die Deutsch-Russische Auslandshandelskammer in Moskau. Das Bundesministerium der Finanzen reagiere damit auf die einseitige Teil-Aussetzung durch Moskau aus dem August 2023.

Ab dem 1. Januar 2027 sind nationale Steuergesetze wieder unabhängig voneinander anzuwenden, insbesondere in Bezug auf Einkommen- und Vermögensteuern. Dieser Schritt hat weitreichende rechtliche und praktische Folgen für zahlreiche Privatpersonen und Unternehmen sowohl in Deutschland als auch in Russland.

Mit der vollständigen Suspendierung des im Mai 1996 eingeführten DBA entfällt die Abstimmung zwischen den beiden Staaten. So können bei der Einkommensteuererklärung

für 2027 ausländische Einkünfte natürlicher Personen, die in Russland unbeschränkt steuerpflichtig sind – etwa Dividenden, Zinsen oder unter bestimmten Voraussetzungen Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit –, sowohl in Russland als auch in Deutschland besteuert werden.

Mutmaßlich russische Desinformationskampagne stört Wahlen in Deutschland

Eine umfassende Desinformationskampagne in sozialen Netzwerken versucht offenbar, die bevorstehenden Landtagswahlen in mehreren Bundesländern zu beeinflussen. Mit gefälschten Videos im Design bekannter Medien werden erfundene Skandale über Politikerinnen und Politiker verbreitet.

So kursierte etwa ein Video, das den Berliner Regierenden Bürgermeister Kai Wegner fälschlicherweise mit einem versuchten Mord an einem Tennisspieler in Verbindung brachte. Andere Fälschungen konstruierten Korruptionsaffären, Missbrauchsvorwürfe, Menschenhandel oder weitere schwere Straftaten. Betroffen sind nach bisherigen Erkenntnissen zahlreiche Kandidaten etablierter Parteien in Berlin, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen, während AfD und BSW nicht Ziel der Angriffe zu sein scheinen.

Expertinnen und Experten sehen deutliche Parallelen zu der bereits bekannten russischen Einflussoperation „Matrjoschka“, wie sie bereits in vielen europäischen Ländern zu beobachten war. Neu sei jedoch das Ausmaß, mit dem solche Methoden nun auf regionaler Ebene in Deutschland eingesetzt werden. Die Kampagne setzt auf künstlich erzeugte Inhalte, gefälschte Titelseiten und Videos mit Logos seriöser Medien sowie die gezielte Verbreitung über Fake-Accounts und automatisierte Netzwerke.

Nach Einschätzung von Forschenden und Sicherheitsbehörden spricht vieles dafür, dass die Aktion im russischen Einflussbereich angesiedelt ist. Ziel sei es, gesellschaftliche Konflikte zu verschärfen, politische Polarisierung zu fördern und das Vertrauen in demokratische Institutionen zu untergraben. Besonders Themen mit hohem Spaltungspotenzial sowie die Wahlen in Sachsen-Anhalt stehen dabei im Fokus.

Ob die Kampagne tatsächlich großen Einfluss auf die öffentliche Meinung hat, ist bislang jedoch unklar. Fachleute sehen aktuell keine belastbaren Hinweise auf eine breite Wirksamkeit der Inhalte, da die meisten Berichte in Englischer Sprache verfasst sind. Dennoch zeigen sich Behörden und Parteien alarmiert und versuchen einer weiteren Ausbreitung solcher Desinformationsversuche entgegenzuwirken.

[So versucht \(mutmaßlich\) Russland die Wahlen im Herbst über Social Media zu beeinflussen | taz.de](#)

BMW-Newsletter berichtet über Sanktionsverfahren

In der aktuellen Ausgabe des Newsletters „Sanktionsdurchsetzung“, der am 29. Juli veröffentlicht wurde, berichtet das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) über zwei Fälle der Umgehung von Importverboten.

Im ersten Fall ermittelt die Europäische Staatsanwaltschaft (EPPO) in Polen gegen den Geschäftsführer eines Unternehmens aus Kattowitz. Nach den bisherigen Erkenntnissen soll zwischen Oktober 2023 und April 2025 russisches Birken-Sperrholz nach Polen eingeführt und gegenüber den Zollbehörden fälschlicherweise als Ware kasachischen Ursprungs deklariert worden sein. Durch die Verschleierung des tatsächlichen Ursprungs sollte offenbar das geltende Einfuhrverbot für bestimmte russische Produkte umgangen werden. Nach Angaben der EPPO wurden hierdurch Zölle und Mehrwertsteuer in einer Größenordnung von insgesamt rund 253.000 Euro hinterzogen.

Ein weiterer Fall wird derzeit vom Zollfahndungsamt Essen im Auftrag der Staatsanwaltschaft Hamburg untersucht. Ermittler durchsuchten mehrere Firmenstandorte in Hamburg, nachdem sich der Verdacht ergeben hatte, dass ein Geschäftsführer in mehr als 900 Fällen gegen die Russland-Sanktionen verstoßen haben könnte. Nach bisherigen Erkenntnissen sollen Waren im Wert von über vier Millionen Euro mittelbar aus Russland eingeführt worden sein. Zu Art und Beschaffenheit der betroffenen Waren machen die Behörden mit Verweis auf die laufenden Ermittlungen bislang allerdings keine Angaben. Im Rahmen der Durchsuchungen wurden zahlreiche Geschäftsunterlagen und Datenträger sichergestellt. Zudem vollstreckten die Ermittler einen Vermögensarrest in Höhe von 3,5 Millionen Euro sowie die Sicherstellung von zwei hochwertigen Luxuslimousinen.

Sie können sich für diesen Newsletter per Email an sanktionsoutreach@bmwe.bund.de anmelden.

Aktuelle Merkblätter des BAFA

Die nachfolgenden Merkblätter des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle wurden aktualisiert und können unter den folgenden Verlinkungen abgerufen werden:

[Merkblatt Optimierte Antragstellung,](#)

[Merkblatt zu Allgemeinen Genehmigungen und Registrier- und Meldeverfahren,](#)

[Merkblatt zum Außenwirtschaftsverkehr mit Russland,](#)

[Übersicht über die länderbezogenen Embargos](#)

FAQ des BMWE zu Russlandsanktionen:

[Fragen und Antworten zu Russland-Sanktionen | BMWE](#)

3. Europäische Union

22. Sanktionspaket in Vorbereitung:

Kallas will „weitreichendste Sanktionsliste“ seit Kriegsbeginn vorlegen

Im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine sind nach Angaben von Beobachtern der Vereinten Nationen im Juli so viele Zivilisten ums Leben gekommen wie seit Jahren nicht mehr in einem Monat. Es seien mindestens 437 Menschen in der Ukraine getötet und 2.610 weitere Zivilisten verletzt worden, gab die UNO-Menschenrechtsbeobachtermission bekannt. Auch als Reaktion darauf will die EU nach Worten ihrer Außenbeauftragten Kaja Kallas ihre Sanktionen gegen Russland in den kommenden Monaten deutlich ausweiten. „Im Herbst werde ich die weitreichendste Sanktionsliste seit Beginn des Krieges vorlegen“, sagte Kallas der Zeitung Welt. „Sollte sie beschlossen werden, wird sich die Zahl der sanktionierten russischen Personen, Unternehmen und Organisationen sofort um ein Drittel erhöhen.“

Kallas erklärte weiter, der Druck müsse verstärkt werden, bis Russland den Krieg beende. Sie warf Moskau „systematischen Terror“ vor: »Moskaus Armee gewinnt nicht auf dem Schlachtfeld und richtet die Raketen daher zunehmend gegen ukrainische Zivilisten und Infrastruktur. Das ist systematischer Terror.« Russland wolle die ukrainischen Städte unbewohnbar machen. Kallas äußerte zugleich die Hoffnung, dass die USA und Europa mit Blick auf die Sanktionen wieder „näher zusammenrücken“. Die bisherigen 21 Sanktionspakete seit Kriegsbeginn im Februar 2022 bezeichnete Kallas im Interview als Erfolg. „Für die EU-Sanktionen hat Russland bis heute teuer bezahlt, sie haben Russlands Kriegsmaschine schon über eine Billion Euro gekostet.“

[Ukraine: EU-Chefdiplomatin Kaja Kallas will Russland-Sanktionen deutlich ausweiten - DER SPIEGEL](#)

[Angriffe durch Russland - Juli war tödlichster Monat für Zivilisten in Ukraine seit Jahren](#)

Bekannte Namen im 21. Sanktionspaket

Brüssel hat mit dem 21. Sanktionspaket im Juli weitere Vertreter der russischen Regierung, der Wirtschaft und der Rüstungsindustrie sanktioniert. Hinzu kommen fast 100 Banken sowie Ölraffinerien und Unternehmen aus Drittländern. Hier einige prominente Namen aus den Listen, die russische Medien ausgewertet hatten:

a) Personen

Betroffen ist nun auch Wladimir Medinski, der Berater von Präsident Wladimir Putin und Chef der russischen Delegation bei den Verhandlungen mit der Ukraine. Auf der EU-Sanktionsliste finden sich zudem Russlands Sportminister Michail Degtjarjow, der Präsident des Weltschachverbandes FIDE Arkadi Dworkowitsch, der Vize-Vorstandsvorsitzende der russischen Zentralbank Sergei Below, sowie Oleg

Beloserow, Vorstandsvorsitzender der Russischen Eisenbahnen RZD. Michail Gutserjew, Gründer des russischen Industrie- und Finanzkonzerns SAFMAR wurde erneut gelistet, nachdem dessen Sanktionierung aus dem Jahr 2021 erst im Mai 2026 vom Europäischen Gerichtshof aufgehoben wurde.

b) Banken

Unter den 94 neu sanktionierten Finanzinstituten sind die Rosselkhozbank, Dom.RF, Bank Sankt Petersburg (BSPB), die Tsifra Bank, MSP Bank, die Geldhäuser der E-Commerce-Plattformen Ozon Bank und Yandex Bank sowie etliche kleinere Kreditinstitute. Betroffen sind zudem RNKO Payment Center sowie die Moskauer Börse. Auch jegliche Geschäfte mit der Wildberries Bank des gleichnamigen russischen Online-Händlers wurden untersagt.

Auch die kirgisische Eco-Islamic Bank, die mongolische Chinggis Khaan Bank sowie die indischen Tochtergesellschaften der russischen Geldhäuser Sberbank und VTB wurden gelistet. Gestrichen wurde hingegen die aserbaidsschanische Yelo Bank.

Sanktioniert wurden zudem Unternehmen des russischen internationalen Zahlungssystems A7, und zwar die Firmen A7-Agent und A71 und deren ausländischen Tochtergesellschaften. Dabei handelt es sich um ein grenzüberschreitendes, auf Kryptowährungen und dem rubelgedeckten Stablecoin A7A5.

Verboten sind zudem fortan Transaktionen mit 14 Krypto-Plattformen und Zahlungsdiensten aus Georgien, Panama, den Vereinigten Arabischen Emiraten, den Marshallinseln, Kirgisistan und Belarus

c) Rohstoffsektor

Die neuen Beschränkungen im Ölsektor betreffen eine natürliche Person und 18 Unternehmen, darunter die russischen Raffinerien Sewernyj Kusbass, Kujbyschew und Nowokujbyschewsk sowie die belarussische Raffinerie Mosyr.

Die EU hat sieben bedeutende Akteure im Goldsektor sanktioniert, darunter die Goldminen Yuzhuralzoloto und Nordgold Management und das Unternehmen Perwaja Almasnaja Kampanija (First Diamond Company).

Außerdem wurde AFK Sistema sanktioniert, einer der größten privaten und diversifizierten Investment-Holdings Russlands. Das Unternehmen verwaltet Beteiligungen an Dutzenden Firmen in verschiedenen Branchen, etwa in Telekom, Cybersicherheit und Pharmazie. Gelistet hat die EU zudem den Stromhändler Inter RAO – den größten Stromversorger Russlands mit einem Monopol für den Export und Import von Elektrizität.

d) Rüstung und Handel

Brüssels hat weitere 56 natürliche und juristische Personen wegen deren Verbindungen zur russischen Rüstungsindustrie gelistet. Zu den neu Gelisteten gehören das Wissenschaftlich-Technische Zentrum Wostok, der Forschungs-

und Produktionskomplex Sewernaja Sarja und das Gerätebau-Kombinat EPO Signal. Zudem hat Brüssel weitere 51 Unternehmen strengerer Exportkontrollen bei Gütern mit doppeltem Verwendungszweck unterworfen – betroffen sind Firmen aus Drittländern wie China, Indien und den Vereinigten Arabischen Emiraten.

e) Häfen und Flughäfen

Die neuen EU-Sanktionen betreffen auch die russische Verkehrsinfrastruktur. Gelistet wurden etwa die Häfen von Olja und Wysozk sowie die Flughäfen in Rostow am Don, Uljanowsk, Mineralnyje Wody und der Moskauer Flughafen Scheremetjewo. Diese dürfen keine direkten Geschäftsbeziehungen mit Vertragspartnern aus der Europäischen Union unterhalten.

Abgeschwächte LNG-Sanktionen: EU muss auf chinesische Finanziers Rücksicht nehmen

Die Abhängigkeit griechischer Reeder von chinesischen Investoren hat offenbar dazu geführt, dass die Europäische Union Teile ihres 21. Sanktionspaket gegen Russland abschwächen musste. Zu diesem Schluss kommt eine Analyse in der South China Morning Post. Ursprünglich wollte die EU-Kommission europäischen Anbietern den Transport von russischem Flüssigerdgas (LNG) in Drittstaaten verbieten. Besonders Griechenland hatte Vorbehalte gegen die ursprünglichen Pläne angemeldet. Um ein Veto Athens zu verhindern, einigte sich die EU darauf, europäischen Reedereien für zunächst ein Jahr weiterhin den Transport von russischem LNG in Nicht-EU-Länder zu gestatten.

Hinter dieser Entscheidung steht laut der chinesischen Zeitung die Sorge, dass strategisch wichtige LNG-Tanker bei einem Verbot in die Kontrolle chinesischer Investoren übergehen könnten. Nach Angaben von EU-Beamten wurden viele dieser Schiffe mit langfristigen chinesischen Finanzierungen erworben, wobei chinesische Investoren teilweise auch direkt an den betroffenen Unternehmen beteiligt sind. Würden die Reedereien aufgrund der Sanktionen ihre Einnahmen verlieren und ihre Kredite nicht mehr bedienen können, könnten sie gezwungen sein, die Schiffe an ihre Geldgeber abzutreten. Aus Sicht Brüssels würde dies China zusätzlichen Einfluss auf einen ohnehin strategisch wichtigen Teil des weltweiten Energie- und Schifffahrtssektors verschaffen.

Im Zentrum der aktuellen Debatte steht die griechische Reederei Dynagas des Milliardärs George Prokopiou. Der Unternehmer unterhält seit Jahrzehnten enge Geschäftsbeziehungen zu China und hat nach eigenen Angaben mehr als 155 Schiffe bei chinesischen Werften bestellt. Erst kürzlich gründete seine Familie ein neues Tankerunternehmen, das ebenfalls Aufträge an chinesische Schiffbauer vergeben hat. Die engen Verflechtungen zwischen europäischen Reedereien und chinesischen Finanzierungs- sowie Produktionsstrukturen verdeutlichen, wie stark beide Seiten wirtschaftlich miteinander verbunden sind.

Von besonderer Bedeutung sind dabei die eisverstärkten Spezialtanker, die LNG aus dem russischen Yamal-Projekt über die Arktis transportieren. Diese Schiffe sind teuer, knapp und nur schwer anderweitig einsetzbar. Nach Auffassung der EU würde ein vollständiges

Verbot europäische Betreiber wirtschaftlich stark belasten, ohne den russischen Export wesentlich einzuschränken. Die Schiffe könnten letztlich unter chinesischer Kontrolle weiterhin für denselben Handel eingesetzt werden.

Gleichzeitig verschärfte die EU den Druck auf China in anderen Bereichen. Im Rahmen desselben Sanktionspakets wurden 14 Unternehmen aus Festlandchina und Hongkong auf die Sanktionsliste gesetzt. Ihnen wird vorgeworfen, Russland beim Bezug von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck zu unterstützen oder Moskaus Kriegsanstrengungen indirekt zu fördern. Die EU betrachtet China mittlerweile als einen wesentlichen Unterstützer Russlands im Ukraine-Krieg und wirft Peking vor, gemeinsam mit Moskau auf eine Umgestaltung der internationalen Ordnung hinzuwirken, analysiert die South China Morning Post.

Kritiker bemängelten jedoch, dass die EU ihre harte Rhetorik gegenüber China bislang nicht konsequent in politische Maßnahmen umsetzt. Zwar werden regelmäßig chinesische Unternehmen sanktioniert, große und wirtschaftlich bedeutende Akteure bleiben jedoch meist verschont. China weist die Vorwürfe zurück, betont seine Neutralität im Krieg und verurteilt die europäischen Sanktionen.

Die nun beschlossene Ausnahmegenehmigung gilt daher als pragmatischer Kompromiss. Sie ist auf ein Jahr begrenzt, wird regelmäßig überprüft und soll Brüssel die Möglichkeit geben, die Risiken eines möglichen Eigentumsübergangs neu zu bewerten. Der Fall zeigt das grundlegende Dilemma der EU: Einerseits möchte sie den Druck auf Russland und dessen Unterstützer erhöhen, andererseits ist sie in vielen strategischen Bereichen weiterhin auf chinesische Finanzierung, Industrieproduktion und Lieferketten angewiesen. Damit wird deutlich, wie schwierig es für Europa geworden ist, geopolitische Ziele durchzusetzen, ohne gleichzeitig eigene wirtschaftliche Interessen zu gefährden.

[EU waters down Russia sanctions over fears China could seize key LNG assets | South China Morning Post](#)

US-Iran-Konflikt: EU kauft massiv LNG in Russland ein

Im Juni importierten die EU-Staaten 14 Prozent mehr Flüssiggas (LNG) aus Russland als ein Jahr zuvor, wie Daten der Energie-Denkfabrik Centre for Research on Energy and Clean Air (CREA) zeigen, die die Welt am Sonntag ausgewertet hat. Die Einnahmen des Kremls aus dem Verkauf des Rohstoffs stiegen demnach auf 60 Millionen Euro pro Tag. Der jüngste Anstieg konterkarierte den Plan der EU, ab 2027 kein Flüssiggas mehr aus Russland zu beziehen. Das meiste russische LNG kaufte den Crea-Daten zufolge Frankreich. Allein im Hafen von Montoir in der Bretagne sei im Juni viermal so viel LNG aus Russland angekommen wie im Mai.

Zuletzt hatte sich die Lage auf dem internationalen Gasmarkt verschärft, weil wegen der Iran-Krise kaum noch Flüssiggas durch die Straße von Hormus gelangte. Damit fiel etwa Katar als einer der weltgrößten Gasexporteure aus. Insgesamt machte russisches Erdgas im zweiten Quartal nach Angaben der Denkfabrik Bruegel einen Anteil von 13,4 Prozent

an den gesamten Gas-Einfuhren der EU aus. Damit bewegt sich Russlands Anteil seit dem Überfall auf die Ukraine im Jahr 2022 durchgehend auf ähnlichem Niveau. Die EU-Staaten beziehen ihr russisches LNG fast ausschließlich vom Jamal-Terminal in der Arktis. Sie führten von dort in der ersten Hälfte dieses Jahres 136 Ladungen oder 9,97 Millionen Tonnen ein – mehr als je zuvor.

Zum Zeitpunkt seiner Invasion in die gesamte Ukraine war Russland der wichtigste Herkunftsstaat von europäischem Erdgas. Der Anteil an den EU-Gasimporten betrug damals fast 50 Prozent. Seither ist vor allem der Anteil von Flüssiggas aus den USA massiv gestiegen, außerdem haben sich die Einfuhren aus Norwegen erhöht. Inzwischen stehen laut Bruegel Norwegen und die USA für rund 60 Prozent der europäischen Erdgas-Importe. Dahinter folgen Algerien und Russland in etwa gleichauf.

Im Juli verändert sich das Bild allerdings, wie die Berliner Zeitung berichtet. Während die Einfuhren an LNG aus Russland deutlich sanken, entwickelte sich allerdings russisches Pipeline-Gas zum Profiteur, das über die Pipeline Turkstream weiterhin in die EU geliefert wird. Noch im Juni entfielen laut der Zeitung 52 Prozent des Werts aller russischen Fossilenergieimporte der EU auf LNG – das entsprach 993 Millionen Euro. Pipeline-Gas machte mit 379 Millionen Euro lediglich 25 Prozent aus. Im Juli drehte sich das Verhältnis deutlich: Pipeline-Gas erreichte 38 Prozent beziehungsweise 561 Millionen Euro, russisches LNG nur noch 36 Prozent beziehungsweise 526 Millionen Euro.

[Gas-Importe: EU steigert Einfuhr aus Russland - WELT](#)

[LNG verliert, TurkStream bleibt: Russlands Pipeline-Gas rückt in der EU vor](#) (Paywall)

Litauen will Einreiseregeln verschärfen

Litauen plant eine Verschärfung seines Sanktionsrechts gegenüber russischen und belarussischen Kulturschaffenden. Darüber berichtet das russische Oppositionsmedium Meduza. Nach einem Vorschlag des Außenministeriums sollen Künstlerinnen und Künstler aus beiden Ländern künftig vor öffentlichen Auftritten in Litauen eine Erklärung unterzeichnen, in der sie den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine verurteilen und die territoriale Integrität des Landes anerkennen. Wer die Erklärung nicht unterzeichnet, soll nicht einreisen dürfen.

Darüber hinaus soll die Einreise auch Personen verwehrt werden, die in den von Russland besetzten ukrainischen Gebieten aufgetreten sind, den Krieg direkt oder indirekt unterstützt haben oder Maßnahmen befürworten, die die Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine infrage stellen. Ebenso betroffen wären Unterstützer von Menschenrechtsverletzungen oder der Unterdrückung demokratischer Kräfte in Russland und Belarus. Die unterzeichneten Erklärungen sollen öffentlich zugänglich gemacht werden. Zudem plant die Regierung, russischen und belarussischen Staatsangehörigen mit litauischer Aufenthaltserlaubnis den Erwerb von Immobilien in sicherheitsrelevanten Gebieten zu untersagen. Die Änderungen sollen zum 1. Januar 2027 in Kraft treten.

Bereits 2025 wurde dem russischen Rapper Alisher Morgenshtern die Einreise für zehn Jahre untersagt. Auch die Absage von Konzerten des deutschen Musikers Dieter Bohlen im Frühjahr 2026 wurde von Medien mit dessen früheren positiven Äußerungen zu den Beziehungen zwischen Deutschland und Russland in Verbindung gebracht.

Mit den geplanten Regelungen will Litauen verhindern, dass Personen, die Russlands Politik unterstützen, öffentliche Plattformen im Land nutzen können. Gleichzeitig unterstreicht die Maßnahme die enge Verknüpfung von Kultur-, Sicherheits- und Außenpolitik im Kontext des Ukraine-Krieges.

[Lithuania wants Russian performers appearing in the country to sign an anti-war declaration. If they refuse — they won't be allowed in. — Meduza](#)

Österreich verspätet sich bei Sanktionsumsetzung

Die Europäische Union drängt Österreich dazu, die europäischen Vorgaben zur strengeren Ahndung von Verstößen gegen Wirtschaftssanktionen endlich umzusetzen. Obwohl die entsprechende EU-Richtlinie bereits bis Mai 2025 in nationales Recht hätte übernommen werden müssen, fehlt bislang ein entsprechendes Gesetz. Dies berichtet der Standard. Die EU-Kommission habe deshalb ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet und die österreichische Bundesregierung zuletzt aufgefordert, ihre Verzögerung zu begründen. In Deutschland hatte die Bundesregierung das bestehende Recht im Februar 2026 an die EU-Vorgaben angepasst.

Das österreichische Justizministerium verwies nun darauf, dass bereits ein Gesetzesentwurf vorliegt und die Regierungsparteien an einer gemeinsamen Lösung gearbeitet haben. Demnach soll die Vorlage im Herbst ins Parlament eingebracht werden.

Die EU verfolgt mit der Reform das Ziel, Umgehungen von EU-Sanktionen wirksamer zu verhindern. Sanktionsverstöße betreffen etwa verbotene Geschäfte mit sanktionierten Personen, Unternehmen oder Staaten wie Russland. Während solche Verstöße in Österreich bereits strafbar sind, greifen die bisherigen Strafbestimmungen dort erst bei Geschäften mit einem Wert von mehr als 100.000 Euro. Künftig sollen auch in Österreich deutlich niedrigere Schwellenwerte gelten. Zudem sollen neue Tatbestände erfasst werden, etwa die Unterstützung sanktionierter Personen bei der Einreise.

Besonders weitreichend sind die Änderungen für Unternehmen. Nach den EU-Vorgaben sollen die Geldstrafen in allen EU-Mitgliedsländern deutlich höher ausfallen und sich unter Umständen am weltweiten Jahresumsatz eines Unternehmens orientieren. Die derzeitige Höchststrafe von 5,4 Millionen Euro gilt insbesondere für große Unternehmen als unzureichend.

[EU-Kommission macht Druck: Österreich soll Gesetz für Wirtschaftssanktionen reformieren - Wirtschaft - derStandard.at › Wirtschaft](#)

Falsche Endverbleibserklärungen: Netzwerk zur Sanktionsumgehung in Österreich aufgefliegen

Österreichische Behörden haben ein internationales Netzwerk zur Umgehung von Russland-Sanktionen aufgedeckt. Darüber berichtet unter anderem n-tv-online. Im Mittelpunkt steht ein Unternehmen in Wien, das laut österreichischem Verfassungsschutz gezielt gegründet worden sein soll, um hochspezialisierte Industriegüter an russische Rüstungsunternehmen zu liefern. Als Hauptverdächtiger gilt ein 28-jähriger belarussischer Staatsbürger, der Geschäftsführer und Miteigentümer der Wiener Firma ist. Er wurde im Mai festgenommen und befindet sich in Untersuchungshaft. Zudem beschlagnahmten die Behörden Maschinen und Werkzeuge im Wert von rund 140.000 Euro.

Die Ermittler gehen davon aus, dass über ein Geflecht aus Scheinfirmen und Zwischenhändlern in mehreren Ländern sanktionierte Güter wie CNC-Maschinen und Spezialwerkzeuge für die Metallverarbeitung nach Russland gelangten. Dabei sollen gefälschte Dokumente und falsche Endverbleibserklärungen verwendet worden sein, um europäischen Herstellern vorzutäuschen, dass die Waren in Drittstaaten verbleiben würden.

Nach Angaben der Ermittler umfasste das Netzwerk Unternehmen in Ländern wie der Türkei, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Hongkong, Belarus, Kirgisistan, Südkorea, Polen und Litauen. Die gelieferten Güter sollen letztlich Unternehmen des russischen Staatskonzerns Rostec erreicht haben und dort unter anderem für die Herstellung von Triebwerken für Marschflugkörper, Kampfflugzeuge sowie weitere militärische Ausrüstung genutzt worden sein.

Die Auswertung umfangreicher Beweismittel ergab laut Behörden, dass entsprechende Lieferungen bereits seit 2019 stattgefunden haben sollen. Nach der Verschärfung der EU-Sanktionen gegen Russland seien die Lieferwege verstärkt über Drittstaaten wie die Türkei und Hongkong organisiert worden. Seit 2022 konnten den Angaben zufolge Lieferungen im Wert von mehr als 3,3 Millionen Euro an russische Rüstungsunternehmen nachgewiesen werden.

[Bauhilfe für Jets und Waffen?: Netzwerk soll Russland-Sanktionen umgangen haben - n-tv.de](#)

EU bleibt abhängig von Seltenen Erden aus China und Russland

Die Europäische Union kommt bei der Verringerung ihrer Abhängigkeit von Importen seltener Erden weiterhin nur langsam voran. Zwar hat Brüssel mit dem Critical Raw Materials Act ehrgeizige Ziele formuliert und möchte bis 2030 größere Teile der Rohstoffgewinnung, Verarbeitung und Wiederverwertung innerhalb Europas ansiedeln, doch die Realität zeigt ein anderes Bild. Nach Daten von Eurostat, auf die sich die russische Tageszeitung Iswestija beruft, entfielen in den ersten fünf Monaten des Jahres

2026 rund 92,5 Prozent aller EU-Importe von Seltenen Erden und entsprechenden Verbindungen auf lediglich drei Herkunftsländer: Malaysia, China und Russland.

Mit einem Anteil von 37,1 Prozent war Malaysia zwischen Januar und Mai 2026 demnach der größte Lieferant der EU. China folgte mit 31,4 Prozent, während Russland mit 24 Prozent den dritten Platz belegte. Damit bleibt Russland trotz politischer Spannungen und europäischer Diversifizierungsbemühungen ein zentraler Akteur auf dem europäischen Markt für strategische Rohstoffe. Im Jahr 2025 hatte Russland sogar noch vor Malaysia gelegen und war nach China der zweitgrößte Lieferant der EU gewesen.

Die russischen Liefermengen gingen dabei zwar leicht zurück, der Wert der Importe in die EU stieg aufgrund hoher Weltmarktpreise jedoch deutlich von 4,23 Millionen Euro im Vorjahreszeitraum auf 5,69 Millionen Euro an. Der überwiegende Teil der russischen Lieferungen besteht aus Ceriumverbindungen. Cerium zählt zwar nicht zu den gefragtesten Seltenen Erden für Hochleistungsmagnete, findet jedoch breite Anwendung in der Industrie, etwa bei Fahrzeugkatalysatoren, in der Glas- und Keramikproduktion, in der Metallurgie sowie bei Poliermitteln.

Die EU verfügt bislang nicht über ein vollständig ausgebautes System, das von der Förderung über die Trennung und Verarbeitung der Rohstoffe bis zur Herstellung von Metallen und Permanentmagneten reicht. Insbesondere bei der Verarbeitung schwerer Seltener Erden nimmt China weiterhin eine dominante Stellung ein. Nach Angaben der Europäischen Kommission werden die für die Produktion von Permanentmagneten benötigten Seltenen Erden nach wie vor vollständig in China verarbeitet.

Um die Versorgungssicherheit zu verbessern, hat die EU seit 2021 strategische Rohstoffpartnerschaften mit insgesamt 16 Staaten und Territorien geschlossen. Zu den Partnern zählen unter anderem Kanada, Australien, Grönland, Kasachstan, Namibia, die Demokratische Republik Kongo und seit April 2026 auch die Vereinigten Staaten. Der Europäische Rechnungshof stellte 2026 fest, dass viele der vereinbarten Projekte nur schleppend vorankommen und konkrete Ergebnisse bislang begrenzt bleiben. Der Aufbau neuer Lieferketten und Verarbeitungsstrukturen erfordert hohe Investitionen und lange Entwicklungszeiten.

Die Bedeutung Seltener Erden für Europa wird in den kommenden Jahren weiter wachsen. Die Rohstoffe sind unverzichtbar für zahlreiche Schlüsselindustrien, darunter die Automobil- und Rüstungsindustrie, die Elektronikbranche, die Robotik sowie die Energiewirtschaft. Besonders gefragt sind Neodym, Praseodym, Dysprosium und Terbium, die für die Herstellung von Permanentmagneten benötigt werden. Diese kommen in Elektrofahrzeugen, Windkraftanlagen und zahlreichen industriellen Anwendungen zum Einsatz. Bis 2030 könnte die Nachfrage der EU nach Seltenen Erden auf das Sechsfache des heutigen Niveaus steigen, bis 2050 sogar auf das Siebenfache.

[Импорт редкоземельных металлов в ЕС 2026: роль России и Китая](#)

Belarus schaltet Euronews ab

Das Informationsministerium von Belarus stuft die Euronews-Website als „extremistisches“ Medium ein. Es setzte sie nach einem nationalen Gerichtsbeschluss auf die „Republikanische Liste extremistischer Materialien“, berichten belarussische Medien. In Belarus ist der Zugriff auf die Euronews-Website künftig eingeschränkt. Leserinnen und Leser riskieren Strafen, wenn sie die paneuropäischen Inhalte „speichern oder verbreiten“. Laut Euronews-Zuschauerzahlen war der Sender über viele Jahre die wichtigste europäische Informationsquelle in Belarus.

Die Entscheidung traf laut einem Bericht von euronews das Bezirksgericht Horki in der Region Mogilev Anfang August. Die Entscheidung sei „mit sofortiger Wirkung gemäß Artikel 302 der Zivilprozessordnung der Republik Belarus vollstreckbar“. Minsk folge damit Moskau und verbietet sowohl den TV-Sender als auch die digitalen Angebote von Euronews.

Euronews-Chefredakteur Claus Strunz verurteilte die Entscheidung und erklärte: „Ein Staat, der Euronews als ‚extremistisch‘ brandmarkt und den Zugang zu unabhängiger, unparteiischer Berichterstattung blockiert, zeigt seine eigene Angst vor freier Berichterstattung.“ Das Publikum in Belarus verliere damit eine zentrale Quelle für faktenbasierte, unabhängige Berichterstattung.

[Belarus stuft Euronews-Website als "extremistisches Medium" ein](#)

4. Russland

Russland nimmt mit „Verräter“-Gesetz kritische Landsleute im Ausland ins Visier

Ein neues Gesetz erlaubt es dem russischen Staat, Konten zu sperren, Vermögen einzufrieren und konsularische Dienstleistungen für im Ausland lebende Russen zu verweigern. Das Gesetz trägt einen langen komplizierten Namen: „Über vorübergehende restriktive Maßnahmen gegenüber Personen, die sich außerhalb der Russischen Föderation befinden und sich der Vollstreckung einer Strafe entziehen.“

Der Jurist Evgeni Smirnow, der selbst im Exil lebt, kommentierte gegenüber der Deutschen Welle: „Im Grunde geht es hier um die Entziehung der Staatsbürgerschaft.“ Zwar dürften die betroffenen Personen ihren Pass behalten, nicht aber ihre Bürgerrechte nutzen. Wer vom Gesetz betroffen ist, soll das Justizministerium entscheiden, dieselbe Institution, die auch die Listen der so genannten „ausländischen Agenten“ zusammenstellt. Anwalt Smirnow resümiert: „Damit werden in erster Linie Journalisten, Aktivisten, Politiker und Menschenrechtler angegriffen - all die, die ohnehin schon verfolgt werden.“ Juristin Anastasia Burakowa von der NGO „Kowtscheg“, die den ins Ausland geflohenen Russen hilft, nennt das Gesetz „ein ganz schreckliches Dokument, das einer riesigen Anzahl von Menschen ihre Bürgerrechte entzieht und sehr viele, die im Ausland leben, in Angst versetzt.“ Das Ziel sei klar: Menschen einschüchtern, die von Behörden physisch nicht erreicht werden könnten, diejenigen zum Schweigen bringen, die gegen Russlands Krieg in der Ukraine seien.

Das von Präsident Wladimir Putin unterschriebene Papier richtet sich gegen im Ausland lebende russische Staatsbürger, die in Russland entweder wegen einer Straftat verurteilt oder wegen einer Ordnungswidrigkeit zur Verantwortung gezogen wurden. Dazu zählen insbesondere politische Tatbestände wie die so genannte „Diskreditierung der russischen Armee“ - sprich: öffentliche Kritik am russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, die Nichtzahlung von Geldstrafen als sogenannter „ausländischer Agent“ - dazu zählen in Russland mittlerweile mehr als 1000 meist regierungskritische Personen und Organisationen, Zusammenarbeit mit so genannten „unerwünschten Organisationen“ - gemeint sind mittlerweile fast vierhundert Vereinigungen - sowie öffentliche Aufrufe zur Verletzung der territorialen Integrität der Russischen Föderation.

Gegen diese Personen werden eine Reihe von „vorübergehenden restriktiven Maßnahmen“ verhängt. Ihnen werden unter anderem staatliche Dienstleistungen innerhalb Russlands sowie konsularischer Dienstleistungen im Ausland verweigert. Das gilt für die Ausstellung eines Reisepasses oder einer Vollmacht. Zudem wird ein Verkaufsverbot von Immobilien und Fahrzeugen verhängt und Bankkonten werden gesperrt.

Vor der Unterzeichnung durch Putin wurde das Gesetz von der Staatsduma einstimmig verabschiedet. Der Vorsitzende Wjatscheslaw Wolodin kommentierte: „Wer ins Ausland gegangen ist und seinem eigenen Land Schaden zufügt, ist keine Opposition, sondern ein Verräter. Das sind Kriminelle.“ Und er fügt hinzu: „Diese Extremisten tun seit Jahren alles, um unseren Staat zu zerstören, sie rechtfertigen den Nationalsozialismus, beleidigen unsere Soldaten und Offiziere und verstecken sich zugleich in anderen Staaten vor

Strafe.“ Nach der Abstimmung hob Wolodin die Zustimmung der Oppositionsfractionen hervor: "Das nenne ich eine verantwortungsvolle Opposition!"

Menschenrechtler aus der im Exil agierenden russischen Nichtregierungsorganisation „Perwy Otdel“(Deutsch: Erste Abteilung) kritisieren, das neue Gesetz entziehe politisch aktiven russischen Migranten, gegen die in ihrem Heimatland Sanktionen verhängt wurden, faktisch ihre grundlegenden Bürgerrechte. Sie bezeichnen das Gesetz als ein "Gesetz über den bürgerlichen Tod" für ausgewanderte Russinnen und Russen, die in Abwesenheit wegen politisch motivierter Vorwürfe verurteilt oder mit Geldstrafen belegt worden seien.

Das neue „Verräter“-Gesetz ist ein weiterer Mosaikstein in einer Serie von Maßnahmen, mit denen Russland kritische Stimmen zum Schweigen bringt, insbesondere seit Februar 2022. Schon kurz nach Beginn des Ukrainekriegs verabschiedete die Duma Gesetze gegen angebliche „Falschinformationen“ über die Armee und gegen deren so genannte „Diskreditierung“. Das Strafmaß: mehrjährige Haft. Gleichzeitig wurde die Nutzung des Begriffs „Krieg“ oder „Invasion“ in den Medien verboten. Stattdessen spricht man in Russland offiziell immer noch von der sogenannten militärischen Spezialoperation.

[Neues Gesetz entzieht Exil-Russen ihr Vermögen](#)

A7 - Russlands Geheimwaffe zur Sanktionsumgehung

Das vom russischen Staat unterstützte Zahlungsnetzwerk A7, wickelt nach eigenen Angaben inzwischen rund 20 Prozent des russischen Außenhandels ab und bewegt damit jährlich mehr als 100 Milliarden Dollar. Besonders stark profitiert A7 vom wachsenden Handel zwischen Russland und China. Ein Großteil der Transaktionen wird in chinesischen Yuan abgewickelt. Nach Einschätzung des Wall Street Journal ist A7 zu einem zentralen Instrument geworden, mit dem Russland westliche Finanzsanktionen umgeht und weiterhin internationale Geschäfte finanzieren kann, darunter den Import von Industrie- und Technologiegütern.

Gegründet wurde A7 nach Informationen des Wall Street Journal im Jahr 2024 von Ilan Shor, einem moldawischen Geschäftsmann, der in seiner Heimat wegen Betrugs und Geldwäsche im Zusammenhang mit einem milliardenschweren Bankskandal verurteilt wurde. Shor weist die Vorwürfe zurück und bezeichnet sie als politisch motiviert. Heute lebt er in Russland und gilt als treibende Kraft hinter dem Unternehmen. Präsident Wladimir Putin unterstützt das Projekt offen und nahm sogar an der Eröffnung einer A7-Niederlassung per Videoschleife teil.

A7 verfolgt das Ziel, ein alternatives internationales Finanzsystem aufzubauen, das unabhängig von westlicher Kontrolle funktioniert. Nachdem bereits Büros in Nigeria und Simbabwe eröffnet wurden, plant das Unternehmen eine Expansion nach Lateinamerika und in den Nahen Osten. Dabei präsentiert es sich als Lösung für Staaten und Unternehmen, die durch westliche Sanktionen oder Beschränkungen benachteiligt sind.

Obwohl die USA, die EU und Großbritannien Sanktionen gegen A7 verhängt haben, konnte das Netzwerk laut Analysten seine Aktivitäten ausweiten. In Russland tritt es inzwischen offensiv auf, wirbt mit groß angelegten Marketingkampagnen und bietet Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen an, die Geld ins Ausland transferieren wollen.

Entstanden ist A7 aus einer Partnerschaft zwischen Shor und der staatlichen russischen Promswjasbank (PSB), einer Bank mit engen Verbindungen zum Verteidigungssektor. Die Eigentümerstruktur wurde laut Wall Street Journal später teilweise verschleiert, was nach russischem Recht möglich ist, um Unternehmen vor ausländischen Sanktionen zu schützen.

Laut Untersuchungen des Londoner Open Source Centre nutzt A7 ein Netzwerk von Scheinfirmen in Ländern wie Kirgisistan, Hongkong und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Diese Firmen verfügen über lokale Bankkonten und ermöglichen Zahlungen im Namen russischer Kunden. Um verdächtige Transaktionen zu verschleiern, sollen mit Hilfe künstlicher Intelligenz gefälschte Rechnungen erstellt werden, die den tatsächlichen Zweck von Zahlungen verbergen. So wurde beispielsweise eine Zahlung für Drohnenkomponenten angeblich als Kauf von Autozubehör ausgewiesen.

Neben klassischen Bankkanälen setzt A7 stark auf Kryptowährungen. Eine wichtige Rolle spielt dabei der digitale Token A7A5, dessen Wert an den Rubel gekoppelt ist. Dieser Token wird nach Angaben von Blockchain-Analysten genutzt, um sanktionierte Waren zu bezahlen, indem er gegen dollarbasierte Stablecoins wie Tether getauscht wird. Über entsprechende Tauschdienste wurden bereits Transaktionen im Milliardenumfang abgewickelt.

Das Wall Street Journal hält die internationale Expansion von A7 für eine große Gefahr für die Wirksamkeit westlicher Sanktionen. Zwar erscheine das Ziel, eine vollständige Alternative zum internationalen Swift-System zu schaffen, äußerst ambitioniert. Experten warnen jedoch davor, die Entwicklung zu unterschätzen, da A7 bereits heute in über 100 Ländern aktiv sei.

[Russia's Hottest Startup Is a State-Backed Sanctions Evasion Network - WSJ](#) (Paywall)

Russland steigert Exportüberschuss – Handel mit Europa bei 65 Milliarden Dollar

Die russische Nachrichtenagentur Interfax meldet, ist der russische Außenhandelsbilanzüberschuss im ersten Halbjahr 2026 um 14 Prozent auf 73,4 Milliarden Dollar gestiegen. Dies zeigten Daten des russischen Zolls. Im Vorjahreszeitraum lag der Überschuss bei 64,4 Milliarden Dollar. Der gesamte russische Außenhandel wuchs von Januar bis Juni 2026 um 11,4 Prozent gegenüber dem ersten Halbjahr 2025 und erreichte einen Wert von 365,6 Milliarden Dollar. Die Exporte stiegen um 11,9 Prozent auf 219,5 Milliarden Dollar, während die Importe um 10,8 Prozent auf 146,1 Milliarden Dollar zulegten.

Entscheidend für die russische Bilanz ist der steigende Handel mit Asien, insbesondere mit China. Im ersten Halbjahr 2026 gingen die meisten russischen Exporte erneut nach Asien. Mit einem Plus von 17,2 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum stiegen sie auf 174,9 Milliarden Dollar. Importiert wurden von Russland aus der Region nur Waren im Wert von 99 Milliarden Dollar (+12,9 Prozent).

Nach Europa wurden immerhin noch Waren im Wert von 28 Milliarden Dollar exportiert (- 5,6 Prozent). Die Importe aus Europa summierten sich auf 37,1 Mrd. Dollar (+8,7 Prozent). Kaum relevant ist hingegen der russische Export nach Afrika mit 10,7 Milliarden Dollar (+1,1 Prozent) und Amerika mit 5,7 Milliarden Dollar (-12,1 Prozent). Aus Afrika importierte Russland 2,2 Milliarden Dollar (-8,9 Prozent) und aus Amerika Waren für 7,9 Milliarden Dollar (+4,6 Prozent).

[Сальдо торгового баланса РФ за I полугодие выросло на 14%, до \\$73,4 млрд](#)

Ukraine greift gezielt Wildberries in Russland an – Onlinehändler angeblich an Sanktionsumgehung beteiligt

Das „russische Amazon“ Wildberries spielt beim Transport von Waren in Russland eine entscheidende Rolle und wird deshalb von der Ukraine verstärkt angegriffen. Wildberries ist aber mehr als ein Onlinehändler, wie die taz schreibt. Die EU hat in ihrem jüngsten, 21. Sanktionspaket auch jegliche Geschäfte mit der Wildberries Bank untersagt, einer Art Alternative zum internationalen Zahlungsdienstleister Swift. Dazu kommt, dass Wildberries die wohl effizientesten Logistikketten zwischen Kaliningrad und Kamtschatka im Riesenreich aufgebaut hat – die auch für militärische Lieferungen genutzt werden. „Alles für die SWO“ (wie die Spezielle Militäroperation abgekürzt wird, als die der Kreml seinen Krieg verbrämt) – diese besondere Kategorie für Bestellungen hat Wildberries nach den jüngsten Drohnenangriffen jetzt abgeschafft. Versucht man jetzt, diesen Suchbegriff auf der Website oder in der App einzugeben, kommt die Meldung: „Es wurden keine passenden Artikel gefunden.“

Aber die gut 200.000 Waren dieser Kategorie bleiben weiter bestellbar. Drohnen sind nach wie vor erhältlich, ebenso Glasfaserkabel (Made in China, da die Ukraine die russische Glasfaserfabrik zerstört hat) und Splitterschutzwesten. Mit den Glasfaserkabeln steuern russische Militärs Drohnen bei Angriffen in der Ukraine. Schutzwesten oder Helme sind nun in der Kategorie „Sport“ einsortiert. Drohnen und Zubehör in der Kategorie „TV, Audio, Foto, Videotechnik“.

Wildberries werde auch gezielt zur Umgehung von Sanktionen eingesetzt, sagen Russland-Fachleute in der EU. Produkte von Adidas, Bosch, Philips und andere bekannte westliche Marken werden weiter bei Wildberries angeboten – auch von Firmen, die ihr Russlandgeschäft eingestellt haben.

Bei den ukrainischen Angriffen auf Wildberries-Lager wurden laut russischer Medienberichte Waren für über eine Milliarde Dollar vernichtet. Nun tobt ein heftiger Streit, ob der größte Einzelhandelskonzern des Landes Zehntausende kleine Firmen, die

Waren über Wildberries vertreiben und in deren Lagern vorrätig halten, entschädigen werden.

Für die russische Wirtschaft sind die Drohnenattacken auf den Riesenkonzern verheerend: Denn viele Unternehmen im geografisch größten Land der Erde können ihre Produkte ohne einen solch großen Onlinehändler nur lokal vertreiben. Mit der Zerstörung der Vertriebszentren fällt bei ohnehin durch Steuererhöhungen zum Füllen der klammen Kriegskasse gebeutelten Mittelständlern das Geschäft weg.

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj sagte, die getroffenen Lager und Versandzentren seien „zur Versorgung der russischen Armee mit Drohnenkomponenten, Navigationsausrüstung und Militärausrüstung“ genutzt worden. Zuvor waren von der russischen Armee die ukrainischen Logistikkonzerne Nowa Poschta und Ukrposchta mehrfach angegriffen worden, die bis kurz vor die Frontlinie Waren ausliefern.

[Russischer Angriffskrieg: Kriegslogik oder Kriegsverbrechen? | taz.de](#)

Putin droht mit Revanche für Beschlagnahmung von Schattentankern

Mehrere europäische Staaten haben in den vergangenen Monaten Schiffe der so genannten Schattenflotte abgefangen, die gegen Sanktionen gegen Russland verstoßen haben, weil sie Rohöl transportierten, das nicht zum vorgegebenen Niveau des Ölpreisdeckels gehandelt wurde. Russlands Präsident Putin kündigte dagegen nun Vergeltung an. Er bezog sich dabei auf Pläne, Fracht von Schiffen der Schattenflotte zu verkaufen. „Wir werden gezwungen sein, in gleicher Weise zu reagieren“, sagte der Kreml-Chef Mitte August bei der Beaufsichtigung eines Marinemanövers im Fernen Osten Russlands. Moskau werde „überall dort handeln, wo wir es selbst für notwendig und angemessen halten – überall“, fügte er hinzu.

Im Rahmen des 21. Sanktionspakets wird den EU-Mitgliedstaaten erlaubt, das Öl oder sonstige von den Schiffen beschlagnahmte Ladungen zu verkaufen. Moskau reagierte mit Empörung auf das Vorhaben, das Putin als „Piraterie und Banditentum“ bezeichnete. Schweden will etwa ein Anfang März beschlagnahmtes russisches Schiff an die Ukraine übergeben, das in Verdacht steht, Getreide aus den besetzten Gebieten der Ukraine transportiert zu haben. Die schwedische Polizei hatte die „Caffa“ im März auf Anfrage der ukrainischen Justiz beschlagnahmt. Der 96 Meter lange Frachter war auf dem Weg von Casablanca in Marokko nach St. Petersburg in Russland. Das Schiff steht auf einer Sanktionsliste der Ukraine und fuhr unter falscher guineischer Flagge, zehn von elf Crewmitgliedern waren Russen. Die Schattenflotte besteht aus oft veralteten Schiffen in schlechtem Zustand, ohne angemessene Versicherung und mit intransparenten Eigentumsverhältnissen.

[Ukraine-Krieg: Putin ist empört über Vorgehen gegen „Schattenflotte“ – und droht der EU - WELT](#)

Russland senkt wegen Treibstoffknappheit Standards ab

Angesichts zunehmender Treibstoffengpässe hat Russland die Qualitätsstandards für Benzin und Diesel gelockert und erlaubt neben Euro-5-Kraftstoffen wieder ältere Klassen wie Euro 2, Euro 3 und Euro 4. Dies berichtet Focus-Online. Die Maßnahme soll die Versorgung im Inland sichern, nachdem ukrainische Drohnenangriffe erhebliche Teile der russischen Raffinerie- und Energieinfrastruktur beeinträchtigt haben. Nach Einschätzungen von Experten waren zeitweise bis zu 45 Prozent der Raffineriekapazitäten betroffen.

Die Rückkehr zu älteren Kraftstoffstandards ermöglicht eine einfachere Produktion, bringt jedoch Nachteile mit sich. So enthalten diese Kraftstoffe deutlich mehr Schwefel, was moderne Motoren und Abgasreinigungssysteme stärker belasten und zu höherem Verschleiß führen kann. Experten warnen zudem vor steigenden Kosten für Verbraucher, Industrie und Landwirtschaft.

Die Treibstoffknappheit erhöht gleichzeitig den Druck auf die russische Wirtschaft, da höhere Energiepreise Transporte und Produktion verteuern. Um die Versorgung zu stabilisieren, setzt Moskau inzwischen sogar auf Benzinimporte aus dem Ausland, unter anderem aus Indien. Die Entwicklung gilt als ungewöhnlich, da Russland zu den größten Ölproduzenten der Welt zählt. Die Lockerung der Standards ist Teil einer umfassenderen Notfallstrategie, mit der die Regierung die Folgen von Produktionsausfällen und Exportproblemen abfedern will.

[Russland muss auf Kraftstoffe aus den 1990er Jahren zurückgreifen, um Wirtschaftskollaps angesichts des Benzin- und Dieselmangels zu verhindern. - FOCUS online](#)

Immer mehr chinesische Unternehmen in Russland

Von Januar bis Mai 2026 wurden in Russland laut Berechnungen der Zeitung Izvestia 3100 Unternehmen mit ausländischen Eigentümern registriert, so viele wie seit acht Jahren nicht mehr im gleichen Zeitraum. Andrej Gluschkina von der Mittelstandsvereinigung „Delowaja Rossija“ berichtet, dass in rund 58 Prozent der Fälle die Eigentümer aus China stammten, also bei rund 1800 Unternehmen. Es folgten Belarus, Kasachstan, Kirgisien und Armenien, führt laut dem Bericht Sergej Katyrin, der Präsident der russischen Industrie- und Handelskammer, aus. Wie viele der neuen Unternehmen auf diese Länder entfielen, sagte Katyrin nicht.

Im gesamten vergangenen Jahr seien 4100 chinesische Unternehmen registriert worden, 35 Prozent mehr als 2024, berichtet der Analyst Wladimir Tschernow vom Brokerhaus Freedom Global unter Berufung auf Daten der Steuerbehörde FNS. Im Februar 2026 seien fast 15.000 chinesische Unternehmen in Russland aktiv gewesen, so Tschernow.

[Иностранный бизнес в России 2026: регистрация новых компаний из КНР](#)

5. USA

Einigung auf Graham-Sanktionspaket im Senat

Nach langem Ringen hat der US-Senat am 7. August für ein neues Paket mit Russland-Sanktionen gestimmt. In Washington votierten die Senatorinnen und Senatoren der Demokraten wie der Republikaner mit einer deutlichen Mehrheit von 86 zu 11 Stimmen für das maßgeblich vom unlängst gestorbenen US-Senator Lindsey Graham vorangetriebene Gesetz. Nötig ist nun noch die Zustimmung des Repräsentantenhauses, das allerdings erst nach der Sommerpause im September wieder zusammenkommt.

Das neue Gesetz könnte eine Trendwende in den USA hin zu einem schärferen Vorgehen gegen Russland markieren, nachdem die US-Regierung in den vergangenen Monaten Sanktionen gegen russische Öllieferungen zeitweise ausgesetzt hatte, um Preissteigerungen auf dem Weltmarkt entgegenzuwirken. Auslöser war die Verknappung der Ölreserven, nachdem die für den Export aus den Golfstaaten wichtige Straße von Hormus infolge des Iran-Kriegs faktisch für den Schiffsverkehr geschlossen worden war.

US-Präsident Donald Trump, dem vorgeworfen wird, Russlands Machtapparat um Kremlchef Wladimir Putin nicht genug unter Druck zu setzen, hat Unterstützung für das Gesetz angedeutet. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj bedankte sich beim US-Senat. Jedes Signal zur Unterstützung einer schnellstmöglichen Beendigung des Kriegs sei wichtig, schrieb er auf der Plattform X. „Echter, starker Druck seitens der USA und Sanktionen gegen Russland sind das, was am meisten helfen wird.“

Ende Juli hatte in Washington eine Trauerfeier für den überraschend verstorbenen republikanischen Senator Graham begonnen, zu der auch der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj angereist war. Graham hatte Selenskyj kurz vor seinem Tod noch in Kyjiw besucht.

Die geplanten Sanktionen würden weite Teile der russischen Wirtschaft treffen, darunter die Energiebranche, den Finanzsektor und die Rüstungsindustrie. Insbesondere sind Strafzölle für Staaten vorgesehen, die russisches Öl und Gas kaufen.

Einige Demokraten wie die im Repräsentantenhaus sitzenden Abgeordneten Gregory Meeks und Don Beyer kritisierten unterdessen, das Gesetz in seiner jetzigen Form würde Trump zu weitreichende Zoll-Befugnisse geben. Auch deshalb ist unklar, wie die Abstimmung im Repräsentantenhaus ausgehen wird. Die Mehrheitsverhältnisse dort sind äußerst knapp, und die wichtigen Zwischenwahlen im November erschweren politische Kompromisse.

Bereits am 28. Juli hatten die demokratischen US-Senatoren Jeanne Shaheen und Richard Blumenthal sowie die republikanischen Senatoren Darline Graham, Katie Britt, Roger Wicker und Jim Risch eine parteiübergreifende Einigung auf die sogenannten Graham-Sanktionen bekannt gegeben. „Wir sind stolz darauf, eine Einigung über einen Gesetzentwurf bekannt zu geben, der Abnehmern von russischem Öl und Gas die

Möglichkeit nimmt, Putins Kriegsmaschinerie anzutreiben, und der die Fähigkeit des iranischen Regimes, den Terrorismus zu unterstützen und sein Atomprogramm auszubauen, weiterhin einschränkt“, erklärten die Senatoren zu ihrem Gesetzentwurf. „Es gibt keinen besseren Weg, das Vermächtnis von Senator Graham zu würdigen, als diese parteiübergreifende Einigung voranzutreiben.“

Maßnahmenkatalog des geplanten Sanktionspakets:

Der „Lindsey O. Graham Sanctioning Russia and Iran Act of 2026“ würde Primär- und Sekundärsanktionen gegen Russland und Akteure verhängen, die den Krieg Russlands in der Ukraine unterstützen. Der Gesetzentwurf ermächtigt den US-Präsidenten unter anderem, gezielte Zölle auf importierte Waren aus fünf Ländern zu erheben, die den Großteil des russischen Öls oder Gases beziehen und Russland bei der Umgehung von Sanktionen unterstützen. Zudem enthält er Bestimmungen, die ein Auslaufen der Sanktionsbefugnisse verhindert, durch die die Finanzierung des iranischen Energie- und Rüstungssektors eingeschränkt wird. Hier alle geplanten Maßnahmen in der Übersicht:

a) Sekundärzölle gegen Drittstaaten

Der Entwurf erlaubt den USA, Zölle von bis zu 100 Prozent auf sämtliche Importe aus den fünf Ländern zu erheben, die die größten Käufer russischen Erdöls oder Erdgases sind oder die Umgehung von Ölsanktionen unterstützen. Der Entwurf verpflichtet den US-Präsidenten regelmäßig zu prüfen, welche Länder die größten Importeure russischen Öls und Gases sind und welche Staaten Sanktionsumgehung ermöglichen. Der US-Präsident ist zur Einführung von Zöllen verpflichtet, hat aber bei deren Höhe einen Ermessensspielraum, sodass die Zölle auch deutlich unter 100 Prozent liegen und je nach Land unterschiedlich ausfallen können. Zudem kann der Präsident jeden Zoll auch wieder aussetzen, wenn er dem Kongress schriftlich bescheinigt, dass dies im nationalen Interesse der USA liegt.

Bislang richten sich US-Sanktionen überwiegend gegen Unternehmen, Banken, Schiffe oder Einzelpersonen. Der Entwurf schafft dagegen einen Mechanismus, der sich direkt gegen ganze Volkswirtschaften richten kann. Praktisch zielt das auf große Abnehmer russischer Energie wie Indien oder China, ohne sie ausdrücklich zu nennen. Die USA würden damit den Zugang dieser Länder zum US-Markt als Druckmittel einsetzen

b) 500-Prozent-Zölle auf russische Waren

Der Entwurf sieht zudem vor, die Zölle auf alle russischen Importe auf bis zu 500 Prozent anzuheben. Zwar sind russische Exporte in die USA bereits stark zurückgegangen, aber ein Zollsatz dieser Höhe hätte vor allem symbolische und rechtliche Bedeutung. Es käme zu einer praktisch vollständigen Marktabschottung, die Maßnahme wird gesetzlich verankert und ist keine bloße Präsidialmaßnahmen mehr, dies würde eine erhebliche Hürde für eine spätere Normalisierung errichten

c) Härteres Vorgehen gegen die russische „Schattenflotte“ und deren Helfer

Bereits heute sind zahlreiche Schiffe sanktioniert, die russisches Öl, Kohle, Uran oder weitere Güter über die Weltmeere transportieren. Neu ist die systematische Ausweitung auf das gesamte Umfeld des russischen Transports. Sanktioniert werden könnten nicht nur Tanker, sondern auch Reeder, Betreiber, Versicherer, Hafenbetreiber, Kapitäne und Eigentümer von Häfen, die sanktionierten Schiffen Dienstleistungen anbieten. Damit würde die Sanktionslogik deutlich stärker auf die globale Infrastruktur des russischen Rohstoffexports ausgedehnt.

d) Kongresskontrolle erschwert spätere Aufhebung

Der vielleicht politisch bedeutendste Unterschied: Bislang beruhen viele US-Russland-Sanktionen auf Präsidialbefugnissen und können theoretisch relativ leicht geändert werden. Der Entwurf schreibt vor, dass Sanktionen gegen Russland grundsätzlich erst aufgehoben werden können, wenn Russland ein von der Ukraine akzeptiertes Friedensabkommen unterzeichnet hat und die militärischen Handlungen gegen die Ukraine beendet wurden. Zudem erhält der Kongress ein formelles Prüf- und Blockaderecht gegenüber einer Sanktionsaufhebung. Das Gesetz würden den US-Präsidenten verpflichten, bestimmte Personen dauerhaft zu sanktionieren. Namentlich aufgeführt werden der Präsident Russlands, der Premierminister, der Außenminister, der Verteidigungsminister, die Spitzen von FSB und Auslandsgeheimdienst, die militärische Führung, weitere hochrangige Regierungsvertreter. Bislang beruhen viele dieser Sanktionen auf Präsidialanordnungen (Executive Orders). Ein Präsident kann solche Maßnahmen grundsätzlich leichter ändern oder aufheben. Der Gesetzentwurf würde sie in Bundesrecht verankern.

e) Verschärfung bestehender Maßnahmen

Folgende Maßnahmen würden zwar verschärft und ausgeweitet, sind aber im Grundsatz bereits heute Bestandteil der US-Sanktionspolitik:

- Sanktionen gegen russische Banken
- Einfrieren russischer Vermögenswerte
- Visasperren
- Investitionsverbote
- Beschränkungen im Energiesektor
- Sanktionen gegen Oligarchen
- Maßnahmen gegen Rosatom
- Ausschluss russischer Finanzinstitute vom internationalen Finanzsystem

Den vollständigen Gesetzentwurf finden Sie hier:

[S.5025 - 119th Congress \(2025-2026\): Lindsey O. Graham Sanctioning Russia Act of 2026 | Congress.gov | Library of Congress](#)

Mediale Einordnung:

[USA: Senat stimmt für neues Sanktionspaket gegen Russland](#)

[Senators vote to advance Russia sanctions bill in Graham's name - POLITICO](#)

[Senate advances Russia sanctions bill championed by late Sen. Lindsey Graham](#)

[\[2026-07-28\] Bipartisan Group of Senators Announce Agreement to Move...](#)

Demokratische Senatoren kritisieren ausbleibende Russland-Sanktionen

Zwei führende demokratische US-Senatoren haben die Trump-Regierung aufgefordert, die seit rund 17 Monaten ausgesetzten routinemäßigen Sanktionen gegen Netzwerke zur Umgehung von Russland-Sanktionen zu erklären. Dies berichtet die Kyiv Times. In einem Schreiben an Außenminister Marco Rubio und Finanzminister Scott Bessent kritisieren Elizabeth Warren und Christopher Coons, dass die USA ihre regelmäßigen Maßnahmen gegen Unternehmen, Banken und andere Akteure, die Russland bei der Umgehung bestehender Sanktionen unterstützen, weitgehend eingestellt hätten.

Nach Angaben der Senatoren verhängten die USA zwischen Februar 2022 und Januar 2025 insgesamt 111 Sanktionsrunden gegen Russland. Seit dem Amtsantritt von Präsident Donald Trump seien jedoch nur noch vereinzelt neue Maßnahmen beschlossen worden. Als bedeutendste Ausnahme nennen Warren und Coons die Sanktionen gegen die russischen Energiekonzerne Rosneft und Lukoil im Oktober 2025. Dies stelle jedoch keine Rückkehr zu einer konsequenten Sanktionspolitik dar.

Besonders kritisch sehen die Senatoren die Begründung der Regierung, man habe neue Sanktionen im Interesse laufender Friedensbemühungen zwischen Russland und der Ukraine zurückgestellt. Da die Verhandlungen nach eigenen Aussagen der US-Regierung seit Monaten kaum Fortschritte gemacht hätten, fordern sie eine Wiederaufnahme des regulären Sanktionsdrucks. Sie verweisen darauf, dass die USA auch während diplomatischer Gespräche mit Staaten wie Iran oder Kuba weiterhin Sanktionen verhängt hätten.

Warren und Coons argumentieren, dass Russland weiterhin erfolgreich bestehende Beschränkungen umgehe und deshalb zusätzlicher wirtschaftlicher Druck notwendig sei. Die Senatoren wollen von Rubio und Bessent bis zum 28. August eine Erklärung erhalten.

[US Senators Press Rubio, Bessent Over Russia Sanctions Pause](#)

Apple streicht Yandex Pay aus dem App-Store

Apple hat die Zahlungs-App des größten russischen Internet-Konzerns Yandex aus seinem App Store entfernt. Dies berichtet Frank Media. Yandex bestätigte demnach, dass Yandex Pay auf der US-Plattform nicht mehr verfügbar ist. Das Unternehmen betont aber, dass die bereits installierte Anwendung weiter funktioniere und die Guthaben der Kunden nicht gefährdet seien. Einen Grund für die Entfernung nannte es nicht. Android-Nutzern steht die App weiter über Google Play zur Verfügung.

Maßnahmen wie diese, seien der Grund dafür, dass rund die Hälfte der russischen Bevölkerung Apple inzwischen skeptisch gegenüberstehen würden. Dies ergab laut der Zeitschrift Vedomosti eine Studie des staatlichen Meinungsforschungsinstituts Wziom von Ende Juli. 50 Prozent der Befragten, die ein Smartphone nutzen, gaben an, dem US-Konzern nicht zu trauen. 51 Prozent wollen sich künftig grundsätzlich kein iPhone kaufen. 45 Prozent äußerten die Vermutung, dass immer mehr Menschen in Russland aufgrund der Blockaden dem iPhone den Rücken kehren und sich dem Konkurrenten Android zuwenden würden.

[Яндекс пэй удалили из App Store: что делать, как скачать на iPhone и можно ли — Frank Media](#)

[ВЦИОМ заявил о снижении доверия россиян к Apple - Ведомости](#)

6. Weitere Länder

Großbritannien

Großbritannien verschärft Sanktionen gegen russischen Finanz- und Rohstoffsektor

Die britische Regierung hat ihre Sanktionen gegen Russland weiter ausgeweitet und neue Maßnahmen gegen Banken, Unternehmen und Schiffe verhängt, dies berichtete die Moscow Times am 6. August. Im Fokus des jüngsten Sanktionspakets stehen sechs russische Banken. Zu den betroffenen Instituten gehört auch die Ozon Bank, die Finanztochter des russischen E-Commerce-Konzerns Ozon. Mit Vermögenswerten von rund 900 Milliarden Rubel (etwa 11 Milliarden US-Dollar) zählt sie zu den 20 größten Banken Russlands. Nach Angaben des britischen Außenministeriums wurden die Kreditinstitute sanktioniert, weil sie im strategisch wichtigen russischen Finanzsektor tätig sind und damit indirekt die wirtschaftliche Stabilität des Landes unterstützen.

Die Ozon Bank erklärte, die Sanktionen würden keine wesentlichen Auswirkungen auf ihr Geschäft haben. Das Institut verfüge weder über bedeutende Auslandsvermögen noch nutze es das internationale Zahlungsnetzwerk SWIFT. Seine Aktivitäten seien auf den russischen Binnenmarkt beschränkt.

Darüber hinaus nahm London sechs weitere Schiffe ins Visier, die der sogenannten russischen „Schattenflotte“ zugerechnet werden. Westliche Staaten werfen Russland vor, über ein Netzwerk älterer und häufig undurchsichtiger Tanker die internationalen Preisobergrenzen für russisches Öl sowie andere Handelsbeschränkungen zu umgehen. Mit den neuen Sanktionen soll die Nutzung dieser Transportstrukturen erschwert werden.

Auch ein indisches Schiffsmanagement-Unternehmen wurde auf die britische Sanktionsliste gesetzt. Nach Angaben der Regierung soll die Firma den Verkauf des Frachtschiffs *Arctic Express* ermöglicht haben, das nun ebenfalls von den Sanktionen betroffen ist.

Ein weiterer Schwerpunkt der Maßnahmen betrifft den Import strategisch wichtiger Rohstoffe. Vier Unternehmen wurden sanktioniert, weil sie Tantal und Niob importiert haben sollen. Beide Metalle gelten als wichtige Komponenten für die Herstellung moderner Militärtechnik und werden unter anderem in elektronischen Systemen, Kommunikationsanlagen und weiteren Rüstungsgütern verwendet.

Der britische Außenminister Ed Miliband begründete das Vorgehen mit der fortgesetzten Unterstützung der Ukraine. Großbritannien werde den Druck auf Russland so lange erhöhen, bis ein gerechter und dauerhafter Frieden erreicht sei. Seit Beginn der russischen Vollinvasion in die Ukraine im Februar 2022 hat das Vereinigte Königreich nach eigenen Angaben mehr als 3.400 Personen, Unternehmen und Schiffe im Rahmen seines Russland-Sanktionsregimes mit Strafmaßnahmen belegt.

[U.K. Sanctions Ozon Bank and 'Shadow Fleet' Vessels in Latest Crackdown - The Moscow Times](#)

Kanada

Kanada sanktioniert Fahrzeughersteller wegen mutmaßlicher Lieferungen an russische Sicherheitskräfte

Kanada hat laut einem Bericht der Kyiv Post die Streit Group, Hersteller gepanzerten Fahrzeuge, mit Sanktionen belegt. Die Regierung in Ottawa wirft dem Unternehmen vor, trotz westlicher Beschränkungen Ausrüstung für russische Sicherheitskräfte bereitgestellt und damit den russischen Militärapparat indirekt unterstützt zu haben. Die Streit Group hat ihren Hauptsitz in den Vereinigten Arabischen Emiraten und wird von dem kanadisch-russischen Unternehmer Guerman Goutorov geführt. Ottawa wirft dem Unternehmen vor, weiterhin Verbindungen zum russischen militärisch-industriellen Komplex zu unterhalten.

Wie die kanadische Außenministerin Anita Anand am 10. August mitteilte, sollen die Maßnahmen die Weitergabe von Technologie und Ausrüstung einschränken, die für Russlands Krieg gegen die Ukraine genutzt werden könnten. Nach Angaben der kanadischen Regierung gibt es mehrere glaubwürdige Berichte, wonach von Streit Group hergestellte gepanzerte Fahrzeuge von der russischen Nationalgarde Rosgwardija eingesetzt werden. In einer Erklärung des kanadischen Außenministeriums heißt es, die Firma trage dazu bei, Russlands Kriegsmaschinerie zu unterstützen und so den Angriffskrieg gegen die Ukraine zu begünstigen. Der ukrainische Außenminister Andrij Sybiha begrüßte die Entscheidung und erklärte, Sanktionen seien besonders wirksam, wenn sie international abgestimmt und konsequent umgesetzt würden.

[Canada Sanctions Armored Vehicle Manufacturer Over Russia Ties](#)

Montenegro

Visapflicht für russische Staatsbürger

Russische Staatsbürger benötigen künftig ein Visum für die Einreise nach Montenegro. Das Balkanland, das der EU beitreten möchte, hat Ende Juli seine Visapolitik an die der Union angeglichen, wozu es im Rahmen des EU-Beitrittsverfahrens verpflichtet ist. Neben Russen sind davon auch Bürger von Belarus, China und der Türkei sowie Saudi-Arabien betroffen, die ebenfalls ab dem 1. November ein Visum benötigen. Bis dahin gilt weiterhin die visafreie Einreise für bis zu 30 Tage. Laut der montenegrinischen Statistikbehörde Monstat entfielen 2025 16,4 Prozent bzw. 2,4 Mio. von insgesamt 14,7 Millionen Übernachtungen ausländischer Gäste auf russische Touristen. Damit lag Russland in dieser Statistik auf Platz zwei, hinter dem Nachbarland Serbien.

[Montenegro Ends Visa-Free Entry for Russians Amid 2028 EU Membership Bid - The Moscow Times](#)

[Черногория под давлением Брюсселя может ввести визы для россиян уже осенью](#)

7. Blick über den Tellerrand

Menschenrechtsgruppen verklagen Trump wegen US-Sanktionen

Mehrere Menschenrechtsgruppen haben US-Präsident Donald Trump wegen seines Vorgehens gegen den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) verklagt. Dies berichtete Tagesschau.de. In einer an einem Gericht in New York eingereichten Klageschrift heißt es, die unter seiner Regierung verhängten Sanktionen gegen Vertreter des Gerichts hinderten Opfer von Kriegsverbrechen daran, Gerechtigkeit zu erlangen. Die US-Regierung hatte im Februar 2025, kurz nach Beginn Trumps zweiter Amtszeit, gegen mehrere Richter und Ankläger des IStGH Einreiseverbote erlassen und ihre Vermögenswerte in den USA eingefroren. Hauptgrund dafür waren Ermittlungen und Haftbefehle des Gerichts gegen hochrangige Amtsträger Israels, darunter Premierminister Benjamin Netanjahu, im Zusammenhang mit dem Krieg im Gaza-Streifen.

Die vier Menschenrechtsgruppen, darunter Human Rights Watch, fordern in ihrer Klage eine Rücknahme der Sanktionen, weil diese gegen Gesetze verstießen, etwa den Schutz der Meinungsfreiheit. In der mehr als 100-seitigen Anklageschrift hieß es: „Dies ist ein unrechtmäßiger Machtmissbrauch, der einen direkten Angriff auf die Rechtsstaatlichkeit darstellt, auf die Unabhängigkeit von Richtern, Anklägern und Anwälten, auf grundlegende Prinzipien der internationalen Rechtsordnung und auf den Grundsatz des gleichberechtigten Zugangs zur Justiz.“ Die Sanktionen erschwerten die Strafverfolgung von Völkermord, Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen.

Das 1998 gegründete Gericht mit Sitz im niederländischen Den Haag ahndet seit 2002 Verbrechen wie Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Mehr als 120 Länder haben die vertragliche Grundlage des Gerichts anerkannt. Die USA und Israel gehören nicht dazu. Im vergangenen Monat erklärte US-Außenminister Marco Rubio in einer Videobotschaft, dass die Vereinigten Staaten Druck auf andere Länder ausüben würden, um aus dem Strafgerichtshof auszutreten.

[Trump wegen US-Sanktionen gegen Internationalen Strafgerichtshof verklagt | tagesschau.de](https://www.tagesschau.de/news/usa/2025-02-11-trump-gegen-istgh-verklagt-101)

USA sanktionieren georgisches Krypto-Unternehmen wegen mutmaßlicher Verbindungen zum Iran

Die US-Regierung hat im Rahmen ihrer Maßnahmen gegen iranische Sanktionsumgehung das in Georgien registrierte Unternehmen SHPS Shelbit und dessen Eigentümer Siavash Kayvanpour mit Sanktionen belegt. Nach Angaben des US-Finanzministeriums sollen beide in Kryptowährungstransaktionen verwickelt gewesen sein, die der Finanzierung und Unterstützung der iranischen Revolutionsgarden (IRGC) dienen.

Die Sanktionen wurden am 7. August vom Office of Foreign Assets Control (OFAC) bekanntgegeben. Sie sind Teil eines umfassenderen Vorgehens gegen Krypto-Netzwerke

und Handelsplattformen, denen Washington Geldwäsche, Sanktionsumgehung und die Unterstützung iranischer Organisationen vorwirft, die von den USA als terroristisch eingestuft werden.

Nach Darstellung des US-Finanzministeriums betreibt Kayvanpour, ein im Iran geborener Unternehmer mit Staatsangehörigkeiten aus Dominica und Afghanistan, ein internationales Firmengeflecht mit Verbindungen in mehrere Länder. Über das georgische Unternehmen SHPS Shelbit soll er die Kryptowährungsplattform „Shelbit Exchange“ betrieben haben. Die Behörde wirft dem Unternehmen vor, Transaktionen mit digitalen Wallets durchgeführt zu haben, die den iranischen Revolutionsgarden zugerechnet werden. Demnach sollen Kryptowährungen im Wert von mehr als einer Million US-Dollar von IRGC-Adressen an die Plattform geflossen sein, während gleichzeitig Transaktionen von über zwei Millionen US-Dollar in die Gegenrichtung erfolgt seien.

Darüber hinaus sollen von Kayvanpour kontrollierte Wallets Kryptowährungen im Wert von mehr als zwei Millionen US-Dollar an die iranische Kryptobörse Nobitex transferiert haben, gegen die die USA bereits zuvor Sanktionen verhängt hatten. Nach Einschätzung der US-Behörden spielte Shelbit zudem eine Rolle bei der Abwicklung von Transaktionen eines persischsprachigen Online-Glücksspielnetzwerks, über das digitale Vermögenswerte in Millionenhöhe gewaschen worden sein sollen.

Auf Grundlage dieser Vorwürfe setzte Washington neben Kayvanpour auch mehrere von ihm kontrollierte Unternehmen in den Vereinigten Arabischen Emiraten, Polen und Georgien auf die Sanktionsliste. Die Maßnahmen sehen vor, dass Vermögenswerte der Betroffenen unter US-Jurisdiktion eingefroren werden. Zudem ist US-Personen und US-Unternehmen die Durchführung von Geschäften mit den sanktionierten Akteuren grundsätzlich untersagt.

Die Nationalbank Georgiens reagierte zwei Tage später mit einer Klarstellung. Demnach sei SHPS Shelbit nie als Anbieter von Dienstleistungen im Bereich virtueller Vermögenswerte registriert gewesen und habe auch keinen entsprechenden Zulassungsantrag gestellt. Nach Angaben der Zentralbank wurde die Registrierung des Unternehmens im georgischen Handelsregister inzwischen gelöscht.

Der US-Kongressabgeordnete Joe Wilson, ein scharfer Kritiker der georgischen Regierung, wertete den Fall als Hinweis darauf, dass iranische Akteure georgische Unternehmensstrukturen zur Umgehung internationaler Sanktionen nutzen könnten. Er erneuerte damit seine Vorwürfe, die Regierung der Partei „Georgian Dream“ gehe nicht entschieden genug gegen iranische Einfluss- und Wirtschaftsnetzwerke vor.

[U.S. Treasury Sanctions Georgia-Based Crypto Firm in Iran Crackdown – Civil Georgia](#)

Georgien verhaftet Manager eines nicht registrierten Krypto-Anbieters

Der Ermittlungsdienst des georgischen Finanzministeriums gab die Festnahme eines Managers eines nicht registrierten Kryptowährungsdienstleisters bekannt, der mutmaßlich durch Transaktionen mit virtuellen Vermögenswerten im Wert von mehreren zehn Millionen US-Dollar unkontrollierte internationale Transaktionen ermöglicht haben soll. Nach Angaben der Behörde führte der Verdächtige, dessen Name nicht bekannt gegeben wurde, „ohne die vorgeschriebene Registrierung bei der Nationalbank von Georgien Transaktionen mit virtuellen Vermögenswerten im Wert von mehreren zehn Millionen US-Dollar durch, darunter den Umtausch von virtuellen Vermögenswerten und Bargeld“. Sie fügte hinzu, dass die Person durch diese Tätigkeit „die unkontrollierten internationalen Transaktionen im Land ermöglichte“.

Der Ermittlungsdienst erklärte, die Straftat falle unter Artikel 192-2-a des georgischen Strafgesetzbuchs, der illegale unternehmerische Aktivitäten von mehr als einer Person abdeckt und mit einer Freiheitsstrafe von drei bis fünf Jahren geahndet wird. „Es werden derzeit entsprechende Maßnahmen ergriffen, um weitere an der kriminellen Aktivität beteiligte Personen zu identifizieren und zu entlarven sowie Fälle von Steuerhinterziehung und einer möglichen Legalisierung illegaler Einkünfte aufzudecken“, fügte die Behörde hinzu.

Die Festnahme folgt auf eine Reihe westlicher Sanktionen gegen in Georgien ansässige Krypto-Plattformen wegen ihrer mutmaßlichen Rolle bei der Erleichterung von Transaktionen mit Verbindungen zu Russland oder dem Iran. Am 9. August kündigte das US-Finanzministerium Sanktionen gegen das in Georgien ansässige Unternehmen SHPS Shelbit an und erklärte, das Unternehmen und sein Eigentümer Siavash Kayvanpour seien an Kryptowährungstransaktionen beteiligt gewesen, die mit dem Korps der Islamischen Revolutionsgarden (IRGC) des Iran in Verbindung stünden, sowie an der Umgehung von Sanktionen.

Zuvor, am 23. Juli, verhängte die Europäische Union im Rahmen ihres 21. Sanktionspakets gegen Russland Sanktionen gegen vier in Georgien ansässige Krypto-Dienstleistungsplattformen. Drei der Plattformen waren zuvor bereits vom Vereinigten Königreich sanktioniert worden, da es sich laut London um „auf Russland ausgerichtete Börsen handelte, die darauf abzielten, Sanktionen zu umgehen“. In allen drei Fällen erklärte die Georgische Nationalbank daraufhin, dass die betreffenden Plattformen nicht unter ihre Aufsicht fielen, und wies darauf hin, dass gegen einige von ihnen Ermittlungsverfahren eingeleitet worden seien.

[Georgia Arrests Manager of Unregistered Crypto Provider Who ‘Facilitated Uncontrolled International Transactions’ – Civil Georgia](#)

8. Termine

21. September Webinar: „Russlandsanktionen gehen alle an – Vermeidung von Sanktionsumgehungen“, 10:00 – 12:00 Uhr

Die Verschärfung der EU-Sanktionen gegen Russland stellt Unternehmen vor komplexe Compliance-Anforderungen. Insbesondere die Verhinderung von Sanktionsumgehungen über Drittländer verstärkt in den Fokus von Behörden und Ermittlungsverfahren. In unserem Ost-Ausschuss-Webinar am 21. September, 10:00 – 12:00 Uhr, das wir mit Unterstützung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie und in Kooperation mit der Kanzlei Graf von Westphalen durchführen, beleuchten Expertinnen und Experten aktuelle Entwicklungen, rechtliche Anforderungen und praxisnahe Fallbeispiele aus Zentralasien und China. Insbesondere im Umgang mit China, das mit einem eigenen Sanktionsrecht EU-Vorgaben zu kontern versucht, geraten Unternehmen zunehmend zwischen die Fronten.

Gemeinsam diskutieren wir, wie Unternehmen Sanktionsrisiken wirksam minimieren, interne Compliance-Prozesse stärken und sich rechtskonform im internationalen Geschäft aufstellen können.

Bei Interesse melden Sie sich bitte [unter diesem Link](#) an. Bitte beachten Sie den Anmeldeschluss am Mittwoch, den 16. September bis Dienstschluss.

Das Programm finden Sie [hier](#).

01. Oktober Zentralasien im Fokus: „Rechtssichere Expansion unter verschärften Sanktions- und Exportkontrollanforderungen“, 11:45 – 15:15 Uhr in Nürnberg

Zentralasien gewinnt für deutsche Unternehmen zunehmend an Bedeutung – insbesondere als Standort für neue Lieferketten, Investitionen und Geschäftspartnerschaften. Gleichzeitig verschärfen sich die Anforderungen im Sanktions- und Exportkontrollrecht sowie die Erwartungen an Compliance und Risikomanagement.

Der Ost-Ausschuss lädt Sie gemeinsam mit der Rödl GmbH zur gebührenfreien Präsenzveranstaltung „Zentralasien im Fokus: Rechtssichere Expansion unter verschärften Sanktions- und Exportkontrollanforderungen“ am 1. Oktober 2026 in Nürnberg ein. Das vorläufige Programm und Informationen zur Anmeldung finden Sie [hier](#).

9. Tipps & Links

In dieser klarsichtigen Analyse von Michael Froman geht es ausnahmsweise nicht um Sanktionen, sondern um die **heraufziehende Weltwirtschaftskrise**, die durch das chinesische Entwicklungsmodell verursacht wird. China ist gezwungen, seine gigantischen Überkapazitäten in die Weltmärkte zu drücken, da der Binnenkonsum angesichts niedriger Löhne, fehlender sozialer Sicherungssysteme und ausufernder Arbeitszeiten nicht in Gang kommt. Die Folge ist ein Handelsbilanzüberschuss von über einer Billion Dollar, den die Welt nicht mehr lange verkraften wird. Froman, der G20-Sherpa der USA war, bietet auch Lösungsansätze an, die aber eine enge internationale Zusammenarbeit voraussetzen: [The Next Global Economic Crisis Could Be Made in China | Foreign Affairs](#)

Eine **Volksabstimmung** am 27. September könnte zur **Aufhebung der Schweizer Sanktionen** gegen Russland führen. Grund ist eine Initiative, das Schweizer Neutralitätsgebot zu verstärken. Damit wäre eine Positionierung gegen Russland in Form von diplomatischen und wirtschaftlichen Sanktionen kaum möglich. Die Tagesschau berichtet über die Hintergründe: [Volksinitiative: Will die Schweiz noch neutraler werden? | tagesschau.de](#)

Wichtige Informationen und Kontakte zu Sanktionen:

BMW-Übersichtsseite zu Sanktionen mit vielen weiterführenden Links und Dokumenten:

[BMW - Sanktionen](#)

Weitere Hinweise zum Thema: [BMW - Schnellübersicht: Sanktionsdurchsetzung in Deutschland](#)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](#)

[Bundesfinanzministerium - Umsetzung der Russland-Sanktionen – Kurzüberblick](#)

BAFA-Telefon-Hotline: Beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) können sich deutsche Exporteure über eine Telefon-Hotline zu Exportbeschränkungen bei Geschäften mit Partnern in Russland informieren: +49 (6196) 9081237 (Mo-Do 8:30 Uhr bis 16:00 Uhr / Freitag 8:30 Uhr bis 15:00 Uhr).

Fragen zu Ausfuhrvorhaben, zu Empfängern in Russland oder zur Einstufung von Gütern erfolgen über das Formular „Sonstige Anfrage“ im [ELAN-K2 Ausfuhr-System](#). Bei Anfragen zu Gütern sind die zugehörigen Zollltarifnummern anzugeben. Dabei ist für jedes Gut eine einzelne Güterbeschreibung mit zugehöriger Zollltarifnummer im Antrag anzulegen sowie die Güter numerisch nach den Warenverzeichnisnummern bei mehr als fünf Güterpositionen zu sortieren.

Rechtliche Grundsatzfragen, Anfragen von Hilfsorganisationen und Privatpersonen können unter folgender E-Mail gestellt werden: ru-embargo@bafa.bund.de.

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:02014R0833-20231001>

Belarus:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?blob=publicationFile&v=19

EU-Sanktionen

EU-Sanktions-Helpdesk für KMU:

[EU Sanctions Helpdesk - European Union](#)

Pressemitteilung der EU-Kommission zum 21. Sanktionspaket:

[21st package of sanctions: EU hits Russian energy, financial services and crypto hard - Consilium](#)

Gesetzestexte zum 21. Sanktionspaket:

[Beschluss \(GASP\) 2026/1845 des Rates vom 23. Juli 2026 zur Änderung des Beschlusses 2014/145/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen](#)

[Verordnung \(EU\) 2026/1844 des Rates vom 23. Juli 2026 zur Änderung der Verordnung \(EU\) Nr. 269/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen](#)

[Durchführungsverordnung \(EU\) 2026/1843 des Rates vom 23. Juli 2026 zur Durchführung der Verordnung \(EU\) Nr. 269/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen](#)

[Beschluss \(GASP\) 2026/1849 des Rates vom 23. Juli 2026 zur Änderung des Beschlusses 2014/512/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren](#)

[Verordnung \(EU\) 2026/1848 des Rates vom 23. Juli 2026 zur Änderung der Verordnung \(EU\) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren](#)

[EU-Sanktionen gegen Russland: Erstmals trifft es den Kryptosektor direkt | heise online](#)

FAQ zum 21. Sanktionspaket:

[QANDA_26_1686_EN.pdf](#)

Sanktionen gegen Belarus vom 24. Juli 2026:

[Verordnung \(EU\) 2026/1846 des Rates vom 23. Juli 2026 zur Änderung der Verordnung \(EG\) Nr. 765/2006 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus und der Beteiligung von Belarus an der Aggression Russlands gegen die Ukraine](#)

[Durchführungsbeschluss \(GASP\) 2026/1816 des Rates vom 23. Juli 2026 zur Durchführung des Beschlusses 2012/642/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus und der Beteiligung von Belarus an der Aggression Russlands gegen die Ukraine](#)

[Durchführungsverordnung \(EU\) 2026/1817 des Rates vom 23. Juli 2026 zur Durchführung des Artikels 8a Absatz 1 der Verordnung \(EG\) Nr. 765/2006 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus und der Beteiligung von Belarus an der Aggression Russlands gegen die Ukraine](#)

[Die aktuelle Version der Frequently Asked Questions zu EU-Sanktionen:](#)

[Frequently asked questions - Sanctions against Russia - European Commission](#)

[EU-Übersicht zu allen bisherigen Russlandsanktionen:](#)

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine - European Commission \(europa.eu\)](#)

[EU Sanctions Map](#)

Hier finden Sie die beiden **Listen von Gütern, die die EU als besonders kritisch** für die russische Kriegsführung einschätzt sowie die Liste von Gütern, die auf dem Schlachtfeld in der Ukraine gefunden wurden:

[Aktuelle Liste der sanktionierten High-Priority Goods:](#)
[List of common high priority items - European Commission](#)

[Aktuelle Sanktionsliste der wirtschaftlich besonders kritischen Güter:](#)
[List of economically critical goods - European Commission](#)

„Whistleblower-Tool“ der EU

Über diese Internetseite können Sie anonym und verschlüsselt Hinweise auf EU-Sanktionsverstöße weitergeben:

[EUsanctions - Home \(integrityline.com\)](https://integrityline.com)

Auf dieser Überblicks-Seite hat die EU **grundsätzliche Informationen zu den Zielen ihrer Sanktionspolitik** sowie zu den Entscheidungsmechanismen und den Strafen bei Sanktionsverstößen zusammengestellt:

[Wie und wann die EU Sanktionen verhängt - Consilium \(europa.eu\)](https://europa.eu)

Auf dieser **Wikipedia-Seite** finden Sie umfangreiche Daten und Fakten zu den EU-Sanktionen gegen Russland seit Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine:

[Sanktionen gegen Russland seit dem Überfall auf die Ukraine – Wikipedia](https://de.wikipedia.org/wiki/Sanktionen_gegen_Russland_seit_dem_Überfall_auf_die_Ukraine)

Das amerikanische Office of Foreign Asset Control OFAC hat ein Video veröffentlicht, das eine **Anleitung zur Nutzung des OFAC-Sanktionslisten-Suchtools** und empfohlene Schritte zur Bewertung einer möglichen Übereinstimmung mit OFAC-Sanktionslisten enthält. Das Video ist das erste in der Videoreihe „OFAC Basics“ und dient als Ergänzung zur Reihe „Introduction to OFAC“, die im Abschnitt „US Guidance“ auf dieser Website zu finden ist.

[OFAC Basics Video Series - Sanctions List Search | Office of Foreign Assets Control \(treasury.gov\)](https://oac.treasury.gov/video/series/sanctions/sanctions-list-search/)

Euler- Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:

[Hintergrundwissen | Exportkreditgarantien \(Hermesdeckungen\)](#)

GTAI-Sanktionsübersicht

Alle EU-Sanktionspakete in der Übersicht:

[Chronologische Übersicht über EU-Sanktionen gegenüber Russland | Zollbericht | EU | Krieg in der Ukraine \(gtai.de\)](#) GTAI-Überblick über die EU-Sanktionen im Finanzsektor: [Finanzsanktionen gegen Russland | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](#)

Ukraine

Ukrainisches Portal mit Recherchemöglichkeiten zu allen weltweit sanktionierten Unternehmen:

[The main portal about sponsors and supporters of the aggression](#)

Belarus

Belarus-Sanktionen Durchführungsbestimmungen zum 18. Sanktionspaket:

[Durchführungsverordnung \(EU\) 2025/1469 des Rates vom 18. Juli 2025 zur Durchführung des Artikels 8a Absatz 1 der Verordnung \(EG\) Nr. 765/2006 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus und der Beteiligung von Belarus an der Aggression Russlands gegen die Ukraine](#)

Eine konsolidierte Fassung der EU-Sanktionen gegen Belarus befindet sich hier:
[EU-Sanktionen gegen Belarus - Consilium](#)

Sanktions-Krisenhotline der AHK Belarus:

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 7- 21 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar.

Übersicht zur europäischen **Sanktionsdurchsetzung**. Auf dieser Internetseite zum Thema European Sanctions Enforcement werden aktuelle Ermittlungen und Gerichtsverfahren zum Thema Sanktionsumgehung verzeichnet:

[European Sanctions Enforcement – \(duanemorris.com\)](#)

Spendenaufruf für das ukrainische Energiesystem

Das ukrainische Energiesystem wird weiterhin von Russland angegriffen. Als Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft rufen wir Privatpersonen und Unternehmen zur Unterstützung von Initiativen auf, die helfen, Strom und Wärme in der Ukraine verfügbar zu halten:

Für Unternehmen:

Das Bundeswirtschaftsministerium hat eine Task Force zur Unterstützung der ukrainischen Energieversorgung eingerichtet. Gesucht wird dringend technische Ausrüstung wie etwa Transformatoren, Reparaturfahrzeuge, Schaltanlagen oder andere Anlagenkomponenten.

Senden Sie Ihre Spendenangebote entweder an die Task Force:

TF-Ukrainehilfe@bmwe.bund.de

oder an die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GIZ:

helpenergyukraine@giz.de

Für alle Interessierten:

Über die Berliner Initiative „Ukraine2Power“ können Sie direkt für die Versorgung der Menschen in der Ukraine mit Energie spenden:

[U2P – Ukraine to Power](#)

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Zielländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen Arbeitskreisen zu Ländern und Regionen und rund 200 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie hier:

[Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Sie haben Ihr Interesse ausgesprochen, Informationen vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. zu erhalten. Wenn Sie keine weiteren Newsletter zu Sanktionen erhalten möchten, antworten Sie bitte auf diese Aussendung mit dem Betreff „abmelden“. Lesen Sie unsere [Datenschutzerklärung](#).

Disclaimer zum Haftungsausschluss:

Wir sind für die Inhalte externer Webseiten, auf die wir mittels Hyperlink verweisen, nicht verantwortlich. Zum Zeitpunkt der Verlinkung waren keine rechtswidrigen Inhalte erkennbar. Auf die aktuelle und zukünftige Gestaltung sowie die Inhalte der verlinkten Seiten haben wir keinen Einfluss. Wir machen uns die Inhalte nicht zu eigen.

Eine permanente inhaltliche Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte für eine Rechtsverletzungen nicht zumutbar.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Informieren ■ Vernetzen ■ Handeln



Pressekontakt

Andreas Metz | Leiter Public Affairs

A.Metz@oa-ev.de
T. +49 30 206167-120

www.ost-ausschuss.de

